

Die Linke

Erftstadt
erftstadt-links.de

Erftstadt machen

Programm zur
Kommunalwahl 2025

Inhalt

Finanzen

Einnahmen durch natürliches Wachstum - Wirtschaft	5
Einnahmen Wohnbaulandentwicklung & Energie	6
Ausgabensenkung & Haushaltsplanung	7
Kommunale Steuern und Abgaben	8

Stadtentwicklung

Wirtschaftsförderung	11
Tourismus und Naherholung	14
Versorgung, Infrastruktur	15
Städtische Energiegesellschaft	16
Stadt- und Baulandentwicklung	17
Bürgerbeteiligung	19

Wohnen

Wohnen bezahlbar machen	21
Neue Bodenpolitik	22
Städtische Wohnungsbaugesellschaft & Genossenschaftsbau	23

Verkehr und Mobilität

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	25
Fahrrad und Fußgänger	26
Individualverkehr (Straße)	27

Sicherheit & Ordnung

Bevölkerungs-, Hochwasser-, und Katastrophenschutz	30
Feuerwehr	31
Kommunale Ordnung und Ordnungsamt	32

Kultur, Vereine, Sport und Alltag

Kultur, Stadtgeschichte und Tourismus	34
Vereine, Ehrenamt und Sport	35
Musikschule	36
Stadtbücherei	36

Inhalt

Bildung, Schule und Kita

Schulen	38
Gesamtschule	38
Kindergärten und Tagespflege	40
Volkshochschule & Außerschulische Bildung	41
Musikschule	42
Stadtbücherei	42

Arbeit, Soziales, Familie, Integration und Inklusion

Arbeit - Arbeitsplätze und Arbeitslosigkeit	44
Jugendschutz und Jugendpolitik	45
Familienpolitik	46
LGBTQIA+	47
Zuwanderung und Integration	48
Gleichberechtigung, Gleichstellung und feministische Politik	49
Leben im Alter	50
Soziales Engagement	51
Inklusion	52

Klima, Umwelt- und Naturschutz

Natur- und Landschaftsschutz	54
Klimaschutz	56
Hochwasserschutz	57
Energie bezahlbar und vor Ort gemacht	58

Verwaltung & Politik in Erftstadt

Städtische Verwaltung	60
Digitalisierung in Erftstadt Städtische Verwaltung	60
Bürgerdienste, Bürgernähe und Bürgerbeteiligung Städtische Verwaltung	62
Politik in Erftstadt - Städtische Verwaltung	61



Finanzen

Einnahmen durch natürliches Wachstum - Wirtschaft

Wir wollen die Einnahmen der Stadt insbesondere durch natürliches Wachstum ankurbeln. Neuansiedlung und Ausbau von bestehendem Gewerbe und Aktivierung der Kapazitäten für eine Entwicklung als Standort für Kultur und Naherholung. **Mit diesen Maßnahmen wollen wir den Ausbau als Wirtschaftsstandort vorantreiben, um die Einnahmen aus Gewerbesteuer und anteiliger Umsatzsteuer und Einkommensteuer zu steigern:**

Mehr Einnahmen durch Neuansiedlung und Senkung der Gewerbesteuer

Wir schlagen eine schrittweise Senkung der Gewerbesteuer vor. Festschreiben des aktuellen Hebesatzes von 565 Punkten bis Ende 2027. Mit Wirkung zum 01.01.2028 absenken auf 395 Punkte, dann zum 01.01.2029 auf 295 Punkte absenken. Somit wird für Unternehmer:innen ein Zeitrahmen für sichere Planungen geschaffen, den die Stadt Erfststadt nutzen muss, um die Senkung der Gewerbesteuer mit weiteren wirtschaftsfördernden Maßnahmen zu begleiten, um den Ausbau von bestehendem Gewerbe und Ansiedlung von neuen Gewerben zu erreichen. Mittelfristig können wir so kleine und mittelständische, lokale Unternehmen entlasten und trotzdem mehr Einnahmen durch Neuansiedlung generieren.

Ein städtisches StartUp- und Existenzgründungszentrum für Erfststadt

Wir fordern die Einrichtung eines städtischen StartUp- und Existenzgründungszentrums, das Gründer:innen niedrigschwellig unterstützt und städtische Gewerbeflächen für die StartUp-Landschaft errichtet und zur Verfügung stellt. Dieses Zentrum soll nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern auch eine nachhaltigere Wirtschaft in unserer Stadt vorantreiben. StartUps schaffen neue Arbeitsplätze und stärken die lokale Wirtschaft.

Schaffung eines Wirtschaftsstandortes Erfststadt

Bestehende Gewerbegebiete zu erweitern, um Neuansiedlungen und den Ausbau von bestehendem Gewerbe zu sichern, ist elementar. Die langfristige Vision ist die Erschließung der gesamten Fläche zwischen dem aktuellen Wirtschaftspark, K44, B265 und der A1/A61 als großer zentraler Wirtschaftsstandort für Erfststadt. Gewerbeflächen müssen schneller ausgewiesen, Baugenehmigungen schneller erteilt und die Ansiedlung von Gewerbe vereinfacht werden. Gewerbeflächen sollen zukünftig vermehrt als Erbbauflächen vergeben werden und so im städtischen Eigentum verbleiben und laufende Einnahmen generieren.

Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung, Kultur- und Tourismusförderung

Stärken nutzen und Vermarkten! Potenziale ausschöpfen! Schaffung einer eigenen Stelle für Stadtmarketing. Wirtschaftsförderung ertüchtigen und die Kulturabteilung zum Amt für Kultur- und Tourismusförderung erheben. Einrichten einer neuen Stabsstelle, welche die drei Bereiche verknüpft und koordiniert. Steigerung von Einnahmen aus Gewerbesteuer, Bettensteuer, Tourismus und Naherholung.

Einnahmen - Wohnbau(land)entwicklung

Wir wollen die Einnahmen der Stadt insbesondere durch natürliches Wachstum ankurbeln. Neuansiedlung und Zuzug nach Erfstadt. Belebung der Stadt und **Umdenken in Flächenentwicklung und Flächenvermarktung. Erbbau als neuen Grundsatz etablieren. Energie als Einkommensquelle. Wohnungsbau sozial und profitabel.**

Erbbaumodelle etablieren

Wir fordern, dass die Stadt künftig mindestens 50 Prozent aller städtischen Baugrundstücke im Erbbaurecht vergibt, statt sie zu verkaufen. Das Erbbaumodell sichert der Kommune langfristige Einflussmöglichkeiten und schafft faire Bedingungen für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlungen. Durch regelmäßige Erbbauzinsen erhält die Stadt langfristige und planbare Einnahmen, statt nur kurzfristige Verkaufserlöse. Die Stadt behält das Eigentum am Boden, dies wirkt sich langfristig nicht nur positiv auf die Eigenkapitalquote der Stadt aus, sondern kann auch Spekulation und überteuerte Weiterverkäufe verhindern.

Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft

Wir fordern eine städtische Wohnungsbaugesellschaft für Erfstadt. Ein zentrales Instrument für bezahlbares Wohnen, gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung und eine Einkommensquelle. Die errichteten Wohnungen bleiben dauerhaft im Stadteigentum und bilden so kommunales Vermögen und Mieteinnahmen fließen direkt zurück in den städtischen Haushalt.

Schaffung und Vermarktung von Wohnraum

Schaffung und Vermarktung von Wohnraum entlasten nicht nur den Wohnungsmarkt, sondern bringen die Stadt auch finanziell voran. Durch Erbbau generiert die Stadt laufende Einnahmen, die Eigenkapitalquote der Stadt verbessert sich durch die im Besitz der Stadt befindlichen Grundstückswerte. Mit Zuzug nach Erfstadt erhöht sich die allgemeine Kaufkraft in Erfstadt, die Stadt kann mit höheren Einnahmen aus Gewerbesteuer, anteiliger Umsatzsteuer und Einkommenssteuer rechnen.

Eine städtische Energiegesellschaft

Wir fordern die Gründung einer städtischen Energiegesellschaft. Städte wie Hamburg oder Frankfurt erwirtschaften mit ihren Stadtwerken jährlich zweistellige Millionengewinne. Aufträge für Handwerk, Installation und Wartung gehen an lokale Betriebe. Neue Arbeitsplätze entstehen. Bessere Haushaltsplanung durch eigene Einnahmen. Überschüsse der Energiegesellschaft fließen direkt in den Stadthaushalt und können flexibel eingesetzt werden.

Ausgaben senken

Viel Einsparpotenzial haben klamme Kommunen wie Erfststadt nicht. Für Die Linke steht fest, keine weiteren Kürzungen im Bereich der Jugendhilfe, Kultur und im sozialen Bereich. **Wir setzen den Sparkurs bei Politik und Verwaltung an.**

Politik kann auch sparen. Ausgaben reduzieren, Aufgaben zusammenlegen

Ausschüsse sollen zusammengelegt und so die Anzahl der Ausschüsse reduziert werden. Die Reduzierung der Sitzungszeiten durch schlankere Prozesse und bessere Vorarbeit spart Sitzungsgeld und teure Zeit der Mitarbeitenden in der Verwaltung. Die nächste freiwerdende Beigeordneten-/Dezernentenstelle soll zunächst nicht nachbesetzt werden. Für Ortsteile mit weniger als 2.000 Einwohner:innen soll es gemeinsame Ortsbürgermeister:innen geben, um so die Anzahl der Ortsbürgermeister:innen zu senken.

Inhouse statt Outsource. Qualität und Sparpotenziale durch Eigenleistung

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt künftig mehr Dienstleistungen und Aufgaben in Eigenregie erbringt, statt sie an Unternehmen zu vergeben. Dienstleistende kalkulieren Gewinnmargen – kommunale Eigenbetriebe arbeiten kostendeckend und ohne diese Zusatzlast.

Beratungskosten senken, Kommunale Expertise stärken statt Geld verbrennen

Wir fordern eine drastische Reduzierung der Ausgaben für externe Berater:innen. Einfrieren der Ausgaben für Beratungsleistungen und Prüfung aller laufenden Verträge, Aufbau interner Kompetenzteams. Steuergeld gehört in Schulen, Kitas und Straßen – nicht in PowerPoint-Präsentationen.

Digitale Verwaltung und Open Source sparen bares Geld

Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann zudem weiteres Geld sparen und Arbeitsprozesse beschleunigen. Lizenz- und Softwareprodukte sollen zur Kostenoptimierung bestmöglich durch quelloffene Alternativen ersetzt werden. Dies schafft außerdem: Datensicherheit, digitale Souveränität und Transparenz.

Gezielte Inanspruchnahme von Fördermitteln und Fördermittelmanagement

Den Bereich Fördermittelmanagement wollen wir ausbauen. Fördermittelakquise muss optimiert werden. Insbesondere für Investitionen und die Entwicklung neuer langfristiger Projekte wollen wir das Fördermittelmanagement ausbauen und förderfähige Maßnahmen in der Stadt priorisieren.

Kommunale Gebäudestrategie, Kauf statt Miete

Wir fordern, dass die Stadt künftig bevorzugt Gebäude erwirbt, statt sie langfristig anzumieten. Diese Strategie sichert der Kommune nachhaltige finanzielle Vorteile und mehr Gestaltungsspielraum.

Kommunale Steuern und Abgaben

Die Linke plant, die Kommunalfinanzen insbesondere über Anreize für Zuzug und Neuansiedlung, sowohl von Unternehmen als auch von Bürger:innen, zu sichern. Gleichwohl kommen wir um die Erhebung von Steuern und Abgaben nicht herum. Wir wollen jedoch ein sozial verträgliches und einwohner:innenorientiertes Steuer- und Abgabensystem herbeiführen. Wir wollen entlasten und gegenfinanzieren.

Senkung der Gewerbesteuer

Wir schlagen eine schrittweise Senkung der Gewerbesteuer vor. Festschreiben beim aktuellen Hebesatz von 565 Punkten bis Ende 2027. Mit Wirkung zum 01.01.2028 absenken auf 395 Punkte, dann zum 01.01.2029 auf 295 Punkte absenken. Somit wird für Unternehmer:innen ein Zeitrahmen für sichere Planungen geschaffen, in welchem die Stadt Erfstadt die Senkung der Gewerbesteuer mit weiteren wirtschaftsfördernden Maßnahmen begleiten muss, um den Ausbau von bestehendem Gewerbe und Ansiedlung von neuen Gewerben zu erreichen. Mittelfristig können wir so kleine und mittelständische, lokale Unternehmen entlasten und trotzdem mehr Einnahmen durch Neuansiedlung generieren.

Keine weitere Erhöhung der Grundsteuer B

Hebesätze für Grundsteuer B auf dem Stand von 2025 für fünf Jahre festsetzen. Aufspaltung der Grundsteuer B in Wohnraum und Gewerbeflächen.

Keine weitere Erhöhung kommunaler Abgaben für elementare Bedürfnisse

Keine Erhöhung von kommunalen Abgaben wie in den Bereichen Frisch- und Abwasser, Entsorgung sowie Straßenreinigung.

Einführung der Grundsteuer C

Die Grundsteuer C soll in Erfstadt erhoben werden. Diese Art der Grundsteuer wird für unbebautes Bauland erhoben. Spekulationen werden vermieden, Bauland zurückhalten wird unrentabel, die Stadt schafft eine neue Einkommensquelle.

Einführung einer Leerstandsabgabe

Nach einer Karenzzeit von sechs Monaten ab Fertigstellung oder Freiwerden einer Wohneinheit soll eine Leerstandsabgabe in Höhe von einem Prozent des Immobilienwertes im ersten und zwei Prozent des Immobilienwertes ab dem zweiten Jahr des Leerstands erhoben werden.

Kommunale Steuern und Abgaben

Einführung einer Tourismusabgabe/Bettensteuer

Kommunen können diese Steuer auf jede Übernachtung in einem touristischen Betrieb erheben und das ist tatsächlich gang und gäbe. Wir wollen die Einführung Tourismusabgabe/Bettensteuer für Erfstadt, um eine Einkommensquelle zu schaffen, die sich selbst maximiert. Die Steuereinnahmen wollen wir vorrangig in die Kultur- und Tourismusförderung reinvestieren.

Erhöhung der Zweitwohnungssteuer, Befreiung von Studierenden und Lernenden

Wir fordern, die Zweitwohnungssteuer auf 20 Punkte (von bisher 10 Punkten) von der Höhe des Steuermaßstabs anzuheben. Personen, die ihre Zweitwohnung zu Unterrichts- oder Ausbildungszwecken in Erfstadt halten, sollen von der Zweitwohnungssteuer ausgenommen werden.

Erhöhung der Vergnügungssteuer

Die Vergnügungssteuer ist eine Steuer, die unter anderem für das Ausspielen von Geld oder Gegenständen (z.B. in Spielcasinos, Spielhallen oder Gaststätten) erhoben wird. Wir fordern, die Vergnügungssteuern anzuheben. Derzeit werden in Spielhallen 20 Punkte des Einspielergebnisses erhoben bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit oder pauschal 35 Euro je Monat bei Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit. In Gaststätten werden derzeit 14 Punkte des Einspielergebnisses erhoben bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit oder pauschal 25 Euro je Monat bei Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit. Wir schlagen die Erhöhung auf mindestens 30 Punkte des Einspielergebnisses bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit bzw. pauschal 45 Euro je Monat bei Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit in Spielhallen und jeweils 24 Punkte bzw. 35 Euro pauschal in Gaststätten vor.

Einführung der Pferdesteuer in Anlehnung an die Staffelung der Hundesteuer

Die Hundesteuer kennen wir alle, von der Pferdesteuer ist in Erfstadt jedoch keine Rede. Wir wollen die Einführung einer Pferdesteuer in Anlehnung an die Staffelung der Hundesteuersatzung der Stadt Erfstadt.



Stadt- entwicklung

Wirtschaftsförderung

Senkung der Gewerbesteuer und Erfstadt attraktiv für KMU's machen

Den Gewerbesteuerhebesatz wollen wir für Erfstadt absenken. Der Gewerbesteuerhebesatz beträgt aktuell 565 Punkte. Damit ist Erfstadt in der Spitzenliste angesiedelt und erhebt mitunter die höchsten Gewerbesteuersätze in NRW. In der Vergangenheit sind bereits Unternehmen wegen der besonders hohen Gewerbesteuer aus Erfstadt abgewandert. Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen ist der hohe Gewerbesteuerhebesatz eine außerordentliche Belastung.

Es ist Zeit für ein Umdenken. Wir schlagen vor, die Gewerbesteuer zu senken. Die Senkung der Gewerbesteuer würde mittelfristig zu einer Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Erfstadt führen und auch bereits angesiedelte Unternehmen würden zu neuen Investitionen angeregt werden. Die Stadt Erfstadt würde mittelfristig ihre Einnahmen erhöhen. Zwar würden zunächst kurzfristig Einnahmen aufgrund des niedrigeren Hebesatzes wegfallen, mittelfristig würden die Gesamteinnahmen aus der Gewerbesteuer jedoch durch Neuansiedlungen und Ausbau der Bestandsbetriebe steigen, ebenso kann mit einer Steigerung aus Einkommensteueranteilen gerechnet werden, da mit dem Ausbau des Wirtschaftsstandortes auch neue Arbeitsplätze einhergehen werden.

Die Senkung der Gewerbesteuer darf jedoch keinesfalls als loses Steuergeschenk verstanden werden. Die Maßnahme muss schrittweise umgesetzt und durch weitere wirtschaftsfördernde Maßnahmen begleitet werden. Wir schlagen vor, **die Gewerbesteuer beim aktuellen Hebesatz von 565 Punkten bis Ende 2027 festzuschreiben (keine Erhöhung bis zur wirksamen Senkung) und mit Wirkung zum 01.01.2028 zunächst auf 395 Punkte abzusenken und zum 01.01.2029 dann auf 295 Punkte abzusenken.** Somit wird für Unternehmer:innen ein Zeitrahmen für sichere Planungen geschaffen, den die Stadt Erfstadt gleichzeitig nutzen muss, um die Senkung der Gewerbesteuer mit weiteren wirtschaftsfördernden Maßnahmen zu begleiten. Wie zum Beispiel: Ausweisung neuer Gewerbegebiete, Errichtung eines stadt eigenen StartUp- und Existenzgründungszentrums, Ausbau der Wirtschaftsförderung innerhalb der Verwaltung und gezielte Akquise von Unternehmen zur Neuansiedlung im Stadtgebiet.

Wirtschaftsförderung

Erschließung, Ausweisung und Vermarktung von Gewerbeflächen

Wir wollen eine schnellere und effektivere Erschließung, Ausweisung und Vermarktung von Gewerbeflächen erreichen. Zudem sollen Gewerbeflächen zukünftig vermehrt als Erbbauflächen vermarktet und vergeben werden und so im städtischen Eigentum verbleiben. Damit wollen wir neue Gewerbe in Erfstadt ansiedeln. Konkret fordert Die Linke eine 50-Prozent-Quote an Erbbauflächen. Durch die Vermarktung als Erbbauflächen bieten wir auch kleineren Unternehmen die Möglichkeit, sich mit eigenen Gebäuden niederzulassen. Unternehmen benötigten hierfür weniger Kapital, da die Pacht eine verhältnismäßig geringere finanzielle Belastung mit sich bringt als ein Grundstückskauf.

Ausbau Wirtschaftspark

Der Wirtschaftspark soll weiter Richtung Osten ausgebaut werden. Die Vision ist die Erschließung der gesamten Fläche zwischen dem aktuellen Wirtschaftspark, K44, B265 und der A1/A61 als großer, zentraler Wirtschaftsstandort für Erfstadt. Im Zuge eines Ausbaus des Wirtschaftsparks muss die Verkehrsplanung um den Wirtschaftspark herum angepasst werden. Neben dem Wirtschaftspark wollen wir auch die anderen Gewerbegebiete in Erfstadt angehen, ausbauen und erweitern. Bestehende Gewerbegebiete zu erweitern, um Neuansiedlungen und den Ausbau von bestehendem Gewerbe zu sichern, ist elementar. Der Ausbau von bestehenden Gewerbegebieten hat zudem den Vorteil gegenüber Neuerschließungen, dass bestehende Strukturen genutzt, verknüpfte und vernetzte Planungen möglich sind und die Entwicklungsplanungen schneller voranschreiten können als die Planung komplett neuer Gewerbegebiete.

Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung in der Verwaltung

Die städtische Wirtschaftsförderung soll zukünftig viel mehr Beachtung finden und Instrumente, Gestaltungsmöglichkeiten und erweiterte Kompetenzen bekommen. Wir wollen aber nicht nur eine Stelle mit mehr Kompetenzen, sondern insbesondere neue Ansätze. Die Wirtschaftsförderung soll proaktiver werden und gezielt auf Unternehmen zugehen und enger mit diesen zusammenarbeiten. Die städtische Wirtschaftsförderung sehen wir als Teil einer Gesamtmaßnahme mit mehreren Ansätzen, die wir ebenfalls verfolgen.

Neben der Stärkung der Wirtschaftsförderung, setzen wir uns für die Schaffung einer Stelle für Stadtmarketing ein, diese Stelle soll künftig unsere Stadt und ihre Potenziale besser vermarkten und Erftstadt als Wirtschaftsstandort bekannt machen. Darüber hinaus soll das Stadtmarketing mit einem von uns geforderten neuen Amt zusammenarbeiten. Die Linke fordert, die Kulturabteilung zu einem Amt für Kultur- und Tourismusförderung zu erheben, um die kulturellen und touristischen Potenziale unserer Stadt künftig wirtschaftlich besser zu nutzen.

Ein städtisches StartUp- und Existenzgründungszentrum für Erftstadt

Wir fordern die Einrichtung eines städtischen StartUp- und Existenzgründungszentrums, das Gründer:innen niedrigschwellig unterstützt; insbesondere Menschen mit innovativen Ideen für soziale, ökologische und gemeinwohlorientierte Projekte. Dieses Zentrum soll nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern auch eine nachhaltigere Wirtschaft in unserer Stadt vorantreiben. StartUps schaffen neue Arbeitsplätze, stärken die lokale Wirtschaft und machen unsere Stadt attraktiver für junge, kreative Köpfe. Durch Beratung, günstige Büroflächen, Vernetzungsangebote und Förderprogramme wird Gründenden der Einstieg erleichtert – besonders für Menschen ohne großes Startkapital.

Das Zentrum kann Kooperationen mit Hochschulen, Gewerkschaften und Genossenschaften fördern, um Wissen und Ressourcen solidarisch zu teilen. Besondere Förderung für Frauen, Migrant:innen und Menschen mit geringem Einkommen, um strukturelle Hürden abzubauen und eine inklusive Gründungskultur zu schaffen. Um Gentrifizierung zu verhindern, sollen geförderte StartUps verpflichtet werden, faire Löhne zu zahlen und sich an städtischen Sozialstandards zu orientieren. Mit einem sozial verankerten Gründungszentrum schaffen wir nicht nur Jobs, sondern auch eine Wirtschaft, die den Menschen dient – nicht umgekehrt.

Tourismus und Naherholung

Naherholung, Kultur-, und Tourismusförderung

Erfstadt als Kultur- und Naherholungsstandort entwickeln. Erfstadt wollen wir zum einen als naturnahen Standort für Naherholung, insbesondere im Bereich Ober-Liblar, Ville, Liblarer See entwickeln und zum anderen die Etablierung von Erfstadt als Kulturstadt, insbesondere mit der Schlösser- und Burgenlandschaft und der historischen Altstadt von Lechenich, erreichen. Dafür wollen wir die Entwicklung neuer, naturnaher Naherholungsräume angehen.

Wir wollen die Ville besser zugänglich machen und die direkte Umgebung aufwerten. Ebenso wollen wir langfristig den Liblarer See aufwerten. Die Verpachtung des Campingplatzes und des Strandbades soll mit Ablauf des aktuellen Pachtvertrages enden und die Stadt Erfstadt soll künftig in Eigenleistung das Strandbad und die dazugehörigen Anlagen verwalten und weitestgehend betreiben. Wir wollen die historische Altstadt von Lechenich und die Schlösser und Burgen für diese Vision einer touristisch und kulturell wertvollen Stadt Erfstadt einbinden. Die historische Altstadt von Lechenich und insgesamt historische Orte und Gebäude in Erfstadt sollen wahrnehmbarer und erlebbar werden. Die Gestaltung des Marktplatzes als autofreie Zone und die Verkehrsberuhigung auf den Straßen in Erfstadt sind ebenso wichtig wie die allgemeine Anpassung der Stadt beziehungsweise Ortsbilder an touristische Bedürfnisse für die Erreichung der Ziele. Die Linke verfolgt im Sinne der Optimierung von Kommunal финанzen und Stadtentwicklung den Ansatz Kauf statt Miete, der sich auch in kulturell wertvollen Flächen und Gebäuden widerspiegelt. Langfristig wollen wir historisch bedeutsame Gebäude und Flächen, welche für die Stadt nützlich sein können, in städtischen Besitz (zurück-) kaufen und unter anderem auch für Kultureinrichtungen und Orte des Zusammenkommens und des außerschulischen Lernens nutzen. Auch lokale Vereine, Institutionen und Unternehmen wollen wir in diese Planungen einbinden und diese gleichzeitig fördern und fordern. Wir wollen Hürden nehmen und Anreize setzen, um beispielsweise mehr Außengastronomie zu bewirken und auch neue Unternehmen und Angebote anzusiedeln, die den touristischen Zwecken dienlich sein können.

Um diese hohen Ziele zu erreichen, wollen wir auch innerhalb der Verwaltung eine wichtige Änderung erreichen. Wir fordern, die Kulturabteilung zu einem Amt für Kultur- und Tourismusförderung zu erheben, dieses Amt soll gemeinsam mit der städtischen Wirtschaftsförderung und der Stelle für Stadtmarketing, welche wir schaffen wollen, nicht nur an der Entwicklung der Stadt zum Kultur- und Tourismusstandort mitwirken, sondern auch die Vermarktung und insbesondere auch die laufende Entwicklung von Kulturangeboten und Veranstaltungen und stetige Weiterentwicklung übernehmen.

Versorgung und Infrastruktur

Versorgung, Nahversorgung und Innenstädte/Ortkerne

Wir begrüßen weitere Ansiedlungen von Nahversorgern in Erfstädter Ortsteilen, gleichzeitig wünschen wir uns für Erfstadt insbesondere die Ansiedlung von lokalen, kleinen und mittelständischen Unternehmen wie beispielsweise Bäckereien. Die Belebung der Innenstädte beziehungsweise Ortskerne muss wieder in den Fokus rücken, um die Lebensqualität hoch zu halten. Auch die Einrichtung von Orten der Begegnung und Dorfgemeinschaftshäusern unterstützen wir.

Verweil- und Begegnungsräume/„Third Places“

Verweil- und Begegnungsräume oder auch „Third Places“ sollen Räume zum Entschleunigen, Abschalten, Verweilen, Vernetzen und Zeit verbringen sein. Dabei definiert jede:r für sich den idealen Third Place anders. Es kann ein Jugendtreff, ein Park, eine Wiese, ein Vereinsheim oder Dorfgemeinschaftshaus sein. Umso wichtiger ist es, ein breites Angebot für eine gute Lebensqualität zu schaffen, wir begrüßen und unterstützen die Ansiedlung von privatwirtschaftlichen Betreibern ebenso wie soziale Projekte oder Vereine. Wir wollen aber auch proaktiv neue Verweilräume schaffen und bestehende Angebote ausbauen, Stärkung von Jugendtreffs und Jugendcafés. Erschließung, Aufwertung und Ausbau von naturnahen Erholungsräumen und Schaffung neuer Begegnungsräume und Kulturangebote.

Infrastruktur inklusiv für alle

Wir wollen Erfstadt inklusiv für alle gestalten, dazu brauchen wir passende Infrastruktur. Hierzu gehört für uns unter anderem der Ausbau des ÖPNV, damit alle mobil sind. Öffentliche Räume künftig stärker auf Menschen mit Einschränkungen abstimmen. Barrierefreiheit und Abbau von Barrieren, auch für Menschen mit nicht-körperlichen Einschränkungen. Wir wollen das Angebot an Senior:innenwohnheimen und betreuten Wohnen in Erfstadt ausbauen, hierzu sollen vorrangig gemeinnützige Träger gewonnen werden.

Verkehrsinfrastruktur

Für eine zukunftsweisende Stadtentwicklung braucht es: Den Ausbau des ÖPNV, Verkehrsberuhigung in Ortskernen und einen autofreien Marktplatz. Die Stadt muss sich künftig für einen förderfähigen Bürger:innenbus für Erfstadt einsetzen (siehe Themenfeld Mobilität). Wir wollen die Idee der Umgehungsstraße Westtangente wieder aktiver angehen und umsetzen, um die Ortsdurchfahrten zu entlasten. Die Stadt muss sich mit den Straßenbaulastträgern Bund, Land und Kreis endlich aktiv ins Benehmen setzen, um die Verbesserung und Entzerrung der Verkehrssituation auf der B265, insbesondere zwischen Lechenich und Liblar, zu erreichen. Schulverkehr muss neu gedacht und geplant werden, wir wollen verstärkt auf Hol- und Bringzonen setzen.

Versorgung und Infrastruktur

Energieversorgung, bezahlbar und vor Ort gemacht

Eine städtische Energiegesellschaft

Wir fordern die Gründung einer städtischen Energiegesellschaft, die die Versorgung mit Strom, Wärme und Wasser in öffentlicher Hand übernimmt. Die Stadt kann gezielt in erneuerbare Energien (Solar, Wind, Nahwärme) investieren und die Energiewende beschleunigen. Keine Abhängigkeit mehr von RWE, E.ON und Co., sondern eine stabile, einkommensabhängige Preisgestaltung, Abschaffung von Sperrern bei Zahlungsrückständen. Arbeitsplätze in öffentlicher Hand: Gute Tariflöhne, Mitbestimmung der Beschäftigten und Qualifizierungsprogramme für den ökologischen Umbau. Klimagerechtigkeit: Die Energiegesellschaft soll gezielt in dezentrale, erneuerbare Projekte investieren. Langfristige Gewinne statt kurzfristiger Privatprofite. Aktuell fließen Millionen an Gewinnen aus Energieverkäufen an private Konzerne ab. Eine städtische Gesellschaft hält diese Einnahmen in der Kommune. Erwirtschaftete Gewinne können in Schulen, Kitas oder Soziales reinvestiert werden.

Aufträge für Handwerk, Installation und Wartung gehen an lokale Betriebe statt an externe Konzerne und stärken die regionale Wirtschaft. Neue Arbeitsplätze entstehen in Verwaltung, Technik und Service – mit tariflicher Bezahlung und Ausbildungschancen. Bessere Haushaltsplanung durch eigene Einnahmen. Überschüsse der Energiegesellschaft fließen direkt in den Stadthaushalt und können flexibel eingesetzt werden. Öffentliche Energiegesellschaften haben besseren Zugang zu Fördertöpfen für Energiewende-Projekte (z.B. Wärmenetze, Solaroffensiven). Die Gesellschaft arbeitet profitabel, aber ohne Ausbeutung von Kund:innen oder Beschäftigten. Durch Mischkalkulation (z.B. Gewinne aus Gewerbetarifen gleichen Sozialtarife aus) bleibt das Modell stabil. Jährliche öffentliche Berichte verhindern Verschwendung und sichern Akzeptanz. Eine städtische Energiegesellschaft ist kein Kostenfaktor, sondern eine langfristige Investition in stabile Einnahmen, mehr Gestaltungsspielraum und soziale Sicherheit. Andere Städte machen es vor – es ist Zeit, dass auch wir diesen Schritt gehen!

Bauland- und Stadtentwicklung

Bauland und Flächennutzungspläne

Baugebiete sollen schneller erschlossen und entwickelt werden. Wir fordern eine häufigere Überprüfung und Anpassung von Flächennutzungsplänen. Insbesondere erweiterbare Neubaugebiete, Flächen in denen Baulückenschluss und Nachverdichtung möglich ist und Flächen, die für dichte/höhere Bebauung geeignet sind, sollen ins Auge gefasst und schneller der Bebauung zugeführt werden.

Spekulationen mit Bauland und Wohnraum verhindern

Wir fordern die Einführung der Grundsteuer C für Erfstadt. Diese Art der Grundsteuer wird für unbebautes Bauland erhoben. Spekulationen werden vermieden, Bauland zurückhalten wird unrentabel. Die Grundsteuer B hingegen soll in den nächsten fünf Jahren nicht weiter erhöht werden. Um Spekulationen mit Wohnraum zu vermeiden, wollen wir eine Leerstandsabgabe einführen. Nach einer Karenzzeit von sechs Monaten ab Fertigstellung oder Freiwerden einer Wohneinheit soll eine Leerstandsabgabe in Höhe von einem Prozent des Immobilienwertes im ersten und zwei Prozent des Immobilienwertes ab dem zweiten Jahr des Leerstands erhoben werden. So sind Vermieter:innen dazu angeregt, freiwerdenden Wohnraum möglichst schnell wieder zu fairen Konditionen zu vermieten, anstatt mit Leerstand zu spekulieren.

Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft

Wir fordern eine städtische Wohnungsbaugesellschaft für Erfstadt als zentrales Instrument für bezahlbares Wohnen und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. Die errichteten Wohnungen bleiben dauerhaft im Städteigentum und bilden so kommunales Vermögen und Mieteinnahmen fließen direkt zurück in den städtischen Haushalt. Durch Eigenkapital und günstige Kommunalkredite sind Bauvorhaben finanziell stabiler. Durch eigene Bebauung behält die Stadt die Wertschöpfung aus Grundstücksentwicklungen, kontinuierliche Bauaktivität sichert lokale Arbeitsplätze im Handwerk und Baugewerbe. Sozialstaffelung der Mieten nach Einkommen, keine Mieterhöhungen bei Modernisierungen und mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen in jedem Neubauprojekt, barrierearme und generationengemischte Wohnformen. Alle Neubauten in Passivhausstandard und Begrünung von Dächern und Fassaden.

Bauland- und Stadtentwicklung

Eine neue Bodenpolitik

Erbbaumodelle etablieren

Wir fordern, dass die Stadt künftig mindestens 50 Prozent aller städtischen Baugrundstücke im Erbbaurecht vergibt, statt sie zu verkaufen. Diese Regelung soll insbesondere für größere Entwicklungsflächen und Wohnbauprojekte gelten. Das Erbbaumodell sichert der Kommune langfristige Einflussmöglichkeiten und schafft faire Bedingungen für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlungen. Die Stadt behält das Eigentum am Boden, dies wirkt sich langfristig nicht nur positiv auf die Eigenkapitalquote der Stadt aus, sondern kann auch Spekulation und überteuerte Weiterverkäufe verhindern. Die Stadt kann gezielt günstige Erbbauzinsen für gemeinwohlorientierte Projekte (z.B. Genossenschaften, sozialen Wohnungsbau) anbieten.

Vorteile für Bauwillige: Der Verzicht auf den teuren Grundstückskauf senkt die Einstiegshürden für junge Familien, Genossenschaften und mittelständische Bauträger deutlich. Langfristige Erbbaupachtverträge (99 Jahre) bieten Sicherheit für private und gemeinschaftliche Bauprojekte. Die Stadt kann über die Verträge sozialen Wohnungsbau, ökologische Standards und flächensparendes Bauen fördern. Da der Boden nicht als Spekulationsobjekt dient, bleiben Mieten und Wohnkosten auch für künftige Nutzer:innen stabil. Die Stadt kann in Erbbaupachtverträgen Preisbindungen für Mietwohnungen festschreiben. Die moderate Quote von mindestens 50 Prozent ermöglicht eine schrittweise Umstellung der Bodenpolitik, während weiterhin Flexibilität für besondere Vorhaben erhalten bleibt. Das Modell schafft einen Interessenausgleich zwischen kommunaler Daseinsvorsorge und den Bedürfnissen von Bauwilligen. Umsetzung: Einführung einer verbindlichen 50-Prozent-Quote für Erbbaurechte bei städtischen Grundstücken, transparentes Vergabeverfahren, Staffelung der Erbbauzinsen nach sozialen und ökologischen Kriterien, regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Regelungen.

Klimaanpassung

Im Rahmen der Klimaanpassung entwickelt die Stadt Erfstade bereits städtebauliche Konzepte. Wir begrüßen dieses Vorhaben und wollen sicherstellen, dass es umgesetzt wird. So können Konzepte wie die „Schwammstadt“ und konkrete Maßnahmen wie Kaltluftaustauschbahnen, Sickerflächen, Fassaden- und Dachbegrünung einen erheblichen Anteil dazu beitragen, dass Erfstade auch in Zukunft gut bewohnbar ist.

Bürger:innennähe und Bürger:innenbeteiligung

Bürger:innennähe und Bürger:innenbeteiligung - Digital

Wir wollen die Bürger:innenbeteiligung nicht nur ausbauen, sondern auch vereinfachen. Wir machen Politik vor Ort, mit Menschen vor Ort, für den Ort. Damit alle Bürger:innen diese Möglichkeiten haben, wollen wir weitere Angebote schaffen und bestehende Angebote ausbauen und digitalisieren. Rats- und Ausschusssitzungen sollen im Livestream übertragen werden. Informationsauskunft zu politischen Beratungen und Entscheidungen muss analog und digital einfacher und barrierefrei für alle Bürger:innen zugänglich sein. Wir wollen einen funktionierenden, interaktiven und intuitiven Online-Mängelmelder, die Stadt Wesseling geht hier mit gutem Beispiel voran. Wir fordern die Einrichtung einer Online-Bürger:innenbeteiligungsplattform für leichtere und digitale Beteiligungsverfahren, eine Plattform, die Bürger:innen animiert, sich einzumischen und nicht abschreckt.

Bürger:innenräte nutzen

Wir fordern die Einführung und Nutzung des Modells der Bürger:innenräte. Bürger:innenräte werden in einem Losverfahren für einen abgegrenzten Zeitraum für ein bestimmtes politisches Thema zusammengestellt. Sie erarbeiten Empfehlungen und Positionen zu bestimmten politischen Themen. Durch die Losung wird ein Querschnitt der Einwohnerschaft sichergestellt und ein breites Meinungsbild erzeugt.

Jugendrat

Jugend politisch beteiligen. Dafür wollen wir die Einrichtung eines Jugendrates in Erfstadt. Jugendräte vertreten die Interessen von jungen Menschen in der Gemeinde und mischen sich in die Kommunalpolitik ein. Ein Jugendrat ist ein demokratisches Gremium und bekommt Antragsrecht an den Stadtrat, Anfragerecht an die Verwaltung und Rederecht in Ausschüssen.



Wohnen

Wohnen bezahlbar machen

Keine weitere Erhöhung der Grundsteuer B

Hebesätze für Grundsteuer B auf dem Stand von 2025 für fünf Jahre festsetzen. Aufspaltung der Grundsteuer B in Wohnraum und Gewerbeflächen. Die Erhebung von Grundsteuern ist für eine Kommune elementar, die Einnahmen aus der Grundsteuer machen einen wichtigen Teil des städtischen Haushaltes aus, die Grundsteuer darf aber nicht zum Selbstbedienungstopf für alle möglichen Ausgaben werden. Wichtig: Die Grundsteuer ist nicht nur eine Belastung für Eigentümer:innen. Die Grundsteuer kann von Vermieter:innen auf Mieter:innen umgelegt werden, so führt jede Erhöhung der Grundsteuer automatisch zur Mehrbelastung von allen Einwohner:innen unserer Stadt, egal ob Eigentümer:in oder Mieter:in. Die Linke lehnt jede Erhöhung der Grundsteuer B für Wohnraum in den nächsten fünf Jahren ab.

Keine weitere Erhöhung von kommunalen Abgaben für elementare Bedürfnisse

Viele kommunale Gebühren wurden durch den Rat in der letzten Legislatur nach langer Zeit angepasst und erhöht. Die Anpassung an übliche Preisentwicklungen können wir als Die Linke in weiten Teilen nachvollziehen, aber auch hier gilt: Die Gebühren dürfen kein Selbstbedienungstopf sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Gebühren für elementare Leistungen wie Entsorgung, Abwasser und Straßenreinigung in den nächsten Jahren nicht weiter erhöht werden.

Leerstand von Wohnraum verhindern

Wir wollen Leerstand und Spekulation mit Wohnraum verhindern und hierfür eine Leerstandsabgabe einführen. Nach einer Karenzzeit von sechs Monaten ab Fertigstellung oder Freiwerden einer Wohneinheit soll eine Leerstandsabgabe in Höhe von einem Prozent des Immobilienwertes im ersten und zwei Prozent des Immobilienwertes ab dem zweiten Jahr des Leerstands erhoben werden. So sind Vermieter dazu angeregt, freiwerdenden Wohnraum möglichst schnell wieder zu fairen Konditionen zu vermieten, anstatt mit Leerstand zu spekulieren.

Keine Spekulationen mit Bauland

Wir fordern die Einführung der Grundsteuer C für Erfstadt. Diese Art der Grundsteuer wird für unbebautes Bauland erhoben. Spekulationen werden so vermieden, Bauland zurückhalten wird unrentabel und Besitzer:innen von Bauland sind schon aus wirtschaftlichen Gründen geneigt, Bauland zügig zu bebauen und so Wohnraum zu schaffen.

Neue Bodenpolitik

Erbbaumodelle etablieren

Wir fordern, dass die Stadt künftig mindestens 50 Prozent aller städtischen Baugrundstücke im Erbbaurecht vergibt, statt sie zu verkaufen. Diese Regelung soll insbesondere für größere Entwicklungsflächen und Wohnbauprojekte gelten. Das Erbbaumodell sichert der Kommune langfristige Einflussmöglichkeiten und schafft faire Bedingungen für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlungen. Die Stadt behält das Eigentum am Boden, dies wirkt sich langfristig nicht nur positiv auf die Eigenkapitalquote der Stadt aus, sondern kann auch Spekulation und überbewertete Weiterverkäufe verhindern. Die Stadt kann gezielt günstige Erbbauzinsen für gemeinwohlorientierte Projekte (z.B. Genossenschaften, sozialen Wohnungsbau) anbieten.

Vorteile für Bauwillige: Der Verzicht auf den teuren Grundstückskauf senkt die Einstiegshürden für junge Familien, Genossenschaften und mittelständische Bauträger deutlich. Langfristige Erbbauverträge (99 Jahre) bieten Sicherheit für private und gemeinschaftliche Bauprojekte. Die Stadt kann über die Verträge sozialen Wohnungsbau, ökologische Standards und flächensparendes Bauen fördern. Da der Boden nicht als Spekulationsobjekt dient, bleiben Mieten und Wohnkosten auch für künftige Nutzer:innen stabil. Die Stadt kann in Erbbauverträgen Preisbindungen für Mietwohnungen festschreiben. Die moderate Quote von mindestens 50 Prozent ermöglicht eine schrittweise Umstellung der Bodenpolitik, während weiterhin Flexibilität für besondere Vorhaben erhalten bleibt. Das Modell schafft einen Interessenausgleich zwischen kommunaler Daseinsvorsorge und den Bedürfnissen von Bauwilligen.

Umsetzung: Einführung einer verbindlichen 50-Prozent-Quote für Erbbaurechte bei städtischen Grundstücken, transparentes Vergabeverfahren, Staffelung der Erbbauzinsen nach sozialen und ökologischen Kriterien, regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Regelungen.

Bauland und Flächennutzungspläne

Baugebiete sollen schneller erschlossen und entwickelt werden. Wir fordern eine häufigere Überprüfung und Anpassung von Flächennutzungsplänen. Insbesondere erweiterbare Neubaugebiete, Flächen in denen Baulückenschluss und Nachverdichtung möglich ist und Flächen, die für dichte/höhere Bebauung geeignet sind, sollen ins Auge gefasst und schneller der Bebauung zugeführt werden.

Städtische Wohnungsbaugesellschaft Sozialer und genossenschaftlicher Wohnungsbau

Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft

Wir fordern eine städtische Wohnungsbaugesellschaft für Erftstadt als zentrales Instrument für bezahlbares Wohnen und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. Die errichteten Wohnungen bleiben dauerhaft im Städteigentum und bilden so kommunales Vermögen. Mieteinnahmen fließen in den städtischen Haushalt. Durch Eigenkapital und Kommunalkredite sind Bauvorhaben finanziell stabiler. Durch eigene Bebauung behält die Stadt die Wertschöpfung aus Grundstücksentwicklungen, kontinuierliche Bauaktivität sichert lokale Arbeitsplätze im Handwerk und Baugewerbe. Sozialstaffelung der Mieten nach Einkommen, keine Mieterhöhungen bei Modernisierungen und mindestens 40 Prozent Sozialwohnungen in jedem Neubauprojekt, barrierearme und generationengemischte Wohnformen. Alle Neubauten in Passivhausstandard und Begrünung von Dächern und Fassaden.

Sozialer und genossenschaftlicher Wohnungsbau

Wir setzen uns ein für sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbau. Eine engere Zusammenarbeit mit den lokalen Wohnungsbaugenossenschaften und das Setzen von Anreizen soll mittelfristig wieder zu mehr genossenschaftlichem Wohnungsbau in Erftstadt führen. Genossenschaftlicher und sozialer Wohnungsbau soll priorisiert und begünstigt werden. Langfristig muss sich Erftstadt für die Errichtung eines genossenschaftlichen beziehungsweise gemeinnützigen Auszubildenden- und Studierendenwohnheims in Erftstadt einsetzen, um Erftstadt als Bildungsstandort erfolgreich zu etablieren.



Verkehr und Mobilität

ÖPNV - Öffentlicher Personennahverkehr

Eine echte Alternative zum Individualverkehr schaffen

Wir wollen den ÖPNV zu einer echten Alternative zum Individualverkehr machen. Perspektivisch bedeutet das aus unserer Sicht ein ÖPNV rund um die Uhr und eine bessere Anbindung kleinerer Ortsteile. Zudem muss der ÖPNV kurzfristig günstiger und langfristig kostenfrei werden. Diese Aufgabe wird nicht ohne Unterstützung aus Bund und Land zu bewältigen sein. Die Linke fordert auf Bundesebene eine schrittweise Mobilitätswende, zunächst ein Neun-Euro-Ticket mit Übergang auf kostenfreien ÖPNV. Die Finanzierung wollen wir künftig aus Bundesmitteln sicherstellen. Doch zur Wahrheit gehört auch, dass eine bundesweite Mobilitätswende mit CDU und SPD wohl nicht umsetzbar sein wird, obwohl diese bereits jetzt schon aus Bundesmitteln finanzierbar wäre. Für Erfstadt haben wir konkrete Ansätze, die auch heute schon ohne Bundesmittel umsetzbar und finanzierbar sind.

Ringbus/Achterbus

Wir fordern die Einführung einer Ring- beziehungsweise Achterbuslinie. Diese soll alle Erfstädter Ortsteile in einer Unendlichkeitsschleife miteinander verbinden und so zum einen als interne Stadtbuslinie dienen, aber auch die Umstieg- und Anschlussmöglichkeiten an städteübergreifende Buslinien bilden.

On-Demand Verkehr

Das Konzept On-Demand Verkehr ist zukunftsweisend und wird den ÖPNV in den nächsten Jahren zunehmend prägen. Mit der Einführung des Mobie wurde ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan. Wir wollen On-Demand Verkehre ausbauen und stärken, künftig wäre ein stadteigenes On-Demand-Angebot in einer städtischen Mobilitätsgesellschaft denkbar.

Städtische Mobilitätsgesellschaft

Langfristig setzen wir uns für die Gründung einer städtischen Mobilitätsgesellschaft ein. Diese soll die Mobilität zwischen allen Erfstädter Ortsteilen und Anbindungen an Knotenpunkte sicherstellen. Mit einer eigenen Mobilitätsgesellschaft kann Erfstadt die Gestaltungshoheit über Fahrpläne und neue Mobilitätsangebote erreichen. Sie würde Flexibilität und Attraktivität für Bürger:innen und Unternehmen erhöhen sowie die Nachhaltigkeit des Verkehrs fördern. Mobilität in Eigenleistung ist eine wichtige Investition.

Bürger:innenbus

Wir wollen uns für einen Bürger:innenbus-Angebot in Erfstadt einsetzen, diese förderfähige Maßnahme wäre ein schnell einzurichtendes und für die Stadt beinahe kostenneutrales Angebot, welches unsere Stadt schnell und einfach mobiler machen würde.

Fahrrad- und Fußgänger:innenverkehr

Bestandsaufnahme und Erkennung von Unfallschwerpunkten

Die Linke fordert zur Verbesserung der Verkehrssicherheit stetige Bestandsaufnahmen und Prüfungen von Unfallschwerpunkten im Stadtgebiet, insbesondere Unfallschwerpunkte, bei denen Fahrrad- und Fußgänger:innenverkehr betroffen sind. Unfallschwerpunkte müssen schneller erkannt und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit schneller umgesetzt werden.

Sichere Verkehrsräume für Fahrradfahrer:innen

Erfstadt soll eine fahrradfreundliche Stadt werden. Wir wollen den Radverkehr in Erfstadt künftig besser stellen und das bedeutet in erster Linie Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer:innen zu schaffen. Künftig soll jede verkehrstechnische Maßnahme auf die Vereinbarkeit mit Fahrrad- und Fußgänger:innenverkehr geprüft werden. Wir wollen sichere Verkehrsräume für Fahrradfahrer:innen schaffen, das bedeutet neben dem Ausbau der bestehenden Radwegenetze und der stetigen Unterhaltung dieser sollen bestehende Radwege gegebenenfalls verändert und angepasst werden, um Abstände zwischen Fahrradwegen und Straßen zu erhöhen, insbesondere auf den Trassen zwischen den Ortsteilen. Neu entstehende Fahrradwege sollen künftig breiter und mit größeren Abständen zu Straßen entstehen. Wir wollen die Fahrradstellplätze an der Haltestelle Lechenich Markt und am Bahnhof besser beleuchten. Insgesamt wollen wir mehr und attraktivere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder schaffen.

Erft-(Rad-)Wege

Wir setzen uns für eine schnelle Ertüchtigung der Wege entlang der Erft ein. Im Zuge der Ertüchtigung müssen die Wege dort, wo es möglich ist, verbreitert werden. Die Wege entlang der Erft sollen nicht nur als Verbindung zwischen den Ortsteilen dienen, sondern eine Möglichkeit zum naturnahen Erholen sein. Ein Ort, an dem Fußgänger:innen und Radfahrer:innen gleichermaßen, abseits von Straßen, entlang des Flusslaufes, einen sicheren, autofreien und naturnahen Erholungsraum haben. An geeigneten Stellen sollen Verweilzonen mit Sitzgelegenheiten und Abfalleimern aufgestellt werden.

Sichere Verkehrsräume für Fußgänger:innen

Vom autofreien Marktplatz angefangen, über den besseren Zugang für Fußgänger:innen zur Ville, bis hin zu neuen Erft-Wege. Wir wollen die Situation für Fußgänger:innen in Erfstadt angenehmer machen, neue autofreie Zonen schaffen und uns dafür einsetzen, dass der Fußgänger:innenverkehr in Erfstadt vor allem sicherer wird. Mehr Tempo 30 in den Ortsteilen, insbesondere dort, wo Fußgänger:innen auf Autoverkehr treffen. Auf Wegen zwischen den Ortsteilen sollen Geh- und Radwege im Zuge der stetigen Ertüchtigung verbreitert und bestmöglich größere Abstände zwischen Fahrbahnrand und Gehwegen geschaffen werden.

Individualverkehr (Straße)

Carl-Schurz-Straße, Bliesheimer Straße und Bahnhofstraße

Die Kreuzung Carl-Schurz-Straße/Bliesheimer Straße (Kreuzung Frauenthal) wollen wir entlasten, hierzu muss die Kreuzung neu geplant und Verkehrsflüsse umgeplant werden. Die Fahrbahndecke der Carl-Schurz-Straße und Bahnhofstraße auf der Höhe Viry-Chatillon-Platz soll angepasst werden. Planungen über die neuen Engstelle auf der Carl-Schurz-Straße Höhe Parkplatz Am Hahnacker müssen überarbeitet werden. Auf der Bliesheimer Straße Höhe EKZ/Erfstadt-Center müssen Möglichkeiten zur Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit geprüft werden.

Umgehungsstraße Westtangente - Ortsdurchfahrten entlasten

Wir wollen die Idee der Umgehungsstraße Westtangente wieder aktiver angehen und umsetzen, um die Ortsdurchfahrten in Konradsheim, Dirmerzheim und Gymnich zu entlasten und die Verkehrsführung an die ebenfalls von uns geforderte Verkehrsberuhigung auf der Bonner Straße über den Marktplatz anzupassen.

Geschwindigkeitsreduzierung in Ortsdurchfahrten

Wir wollen die Möglichkeiten prüfen, Geschwindigkeiten in den Ortsdurchfahrten, insbesondere in den kleineren Ortsteilen Erfstadt, zu reduzieren. Dort, wo eine Reduzierung der Geschwindigkeit im Rahmen der StVO zulässig und praktisch sinnvoll ist, sollen zulässige Höchstgeschwindigkeiten in den Ortsdurchfahrten gesenkt und so die Verkehrslage für Anwohner:innen angenehmer werden.

Marktplatz Lechenich und Bonner Straße

Der über den Marktplatz führende Teil der Bonner Straße soll verkehrsberuhigt werden und die Platzfläche des Marktplatzes in Lechenich soll künftig autofrei werden. Statt Parkraum soll hier ein Ort zum Verweilen entstehen, Außengastronomie möglich werden, die Altstadt aufgewertet und grüner werden. Zu Fuß zum Markt ist die kurzfristig umsetzbare Vision, für die wir unter anderem die Parkplätze Steinstraße, Schützenplatz und Frenzenstraße ertüchtigen und ausbauen wollen. Langfristig wollen wir die Bonner Straße über den Marktplatz ebenfalls komplett autofrei gestalten, die historische Innenstadt aufwerten und den Verkehr darum herumführen, unter anderem mit der Westtangente.

Schulverkehr, Hol- und Bringzonen

Schulverkehr muss neu gedacht und geplant werden. Wir wollen weg von „Elterntaxis“ und neben dem Ausbau von ÖPNV auch verstärkt auf Hol- und Bringzonen setzen. Die Verkehrssicherheit rund um die Erfstädter Schulen muss besser werden, insbesondere für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen. Autoverkehr wollen wir auf Schulwegen und um Schulen herum weiter beruhigen und gegebenenfalls in direkter Schulumgebung für nicht-Anwohner:innen ausschließen.

Individualverkehr (Straße)

Zuwegung Wirtschaftspark und B265

Die Verkehrssituation rund um den Wirtschaftspark wird stetig angespannter, insbesondere an den Knotenpunkten B265/K44 und B265/A.d. Patria sind die zunehmenden Verkehre in den Stoßzeiten deutlich zu spüren. Der Verkehr auf der B265 und um den Wirtschaftspark herum wird in der nächsten Zeit zunehmen, zumal der Ausbau des Wirtschaftsparks in der nächsten Zeit immer schneller voranschreiten wird und der Ausbau des Wirtschaftsparks ist auch dringend notwendig. Im Zuge des Ausbaus muss aber auch die Verkehrsplanung stetig ausgebaut und entwickelt werden. Die große Herausforderung hier ist, dass neben der Stadt Erfstadt auch der Bund und der Kreis als Straßenbaulastträger der B265 beziehungsweise K44 hieran beteiligt sind. Verkehrszählungen zeigen, dass die Knotenpunkte an der B265 bereits nah an der Belastungsgrenze sind. Bislang versucht die Stadtverwaltung damit zu beruhigen, dass die Belastungsgrenze ja noch nicht erreicht sei. Es war bereits gestern Zeit zu handeln. Die Stadt muss sich mit den Straßenbaulastträgern Bund, Land und Kreis endlich aktiv ins Benehmen setzen, um die Verbesserung und Entzerrung der Verkehrssituation auf der B265 zügig zu planen und umzusetzen.

Parkräume effektiver nutzen

Um die direkten Innenstadt-Lagen wie zum Beispiel den Marktplatz oder die Carl-Schurz-Straße zu entlasten, wollen wir umliegende Parkplätze (zum Beispiel Schützenplatz Lechenich oder Parkplatz Am Hahnacker Liblar) verstärken und ertüchtigen. Die Prüfung von Möglichkeiten zur Errichtung von Parkplatzüberdachungen mit PV-Anlagen soll für alle größeren, städtischen Parkplätze obligatorisch werden.

Ausbau Park and Ride (P&R)

Individualverkehr neu denken heißt für uns anzuerkennen, dass in einem ländlichen Raum und in einer Flächengemeinde wie Erfstadt der Individualverkehr wohl niemals wegfallen kann, er kann aber verändert und zukunftsfähig gestaltet werden. Wir müssen uns mehr für Car-Sharing-Angebote einsetzen und auch Möglichkeiten für geteilte Mobilität ausbauen. Wir wollen den Park and Ride Parkplatz zwischen Lechenich und Liblar ausbauen und attraktiver gestalten. Im Zuge der von uns geforderten Ertüchtigung der Kreuzung K44/B265 soll der Parkplatz an das zukünftige Verkehrsaufkommen und Herausforderungen angepasst werden. Wir setzen uns für eine Schnellladestation am P&R ein und wollen die Möglichkeiten prüfen, den P&R zu überdachen, um hier Stromgewinnung aus Photovoltaik möglich zu machen. Mittelfristig wollen wir hier auch Stellplatzmöglichkeiten für Lastkraftwagen schaffen, um den Wirtschaftspark zu entlasten. Langfristig muss über den Ausbau der Anlage zu einem Autohof nachgedacht werden, um der steigenden Nachfrage an Serviceangeboten und vor allem Parkplätzen entlang der A1 und A61 gerecht zu werden.



Sicherheit und Ordnung

Bevölkerungs-, Hochwasser- und Katastrophenschutz

Die Zuständigkeit für Bevölkerungsschutz liegt beim Amt für Rettungsdienst, Brand- und Bevölkerungsschutz des Rhein-Erft-Kreises. Die Zuständigkeit für Hochwasserschutz trägt die Stadt Erftstadt gemeinsam mit dem Erftverband und der Bezirksregierung. Wir haben bei der Flut im Jahr 2021 gesehen, welcher enormer Schaden binnen Stunden entstehen kann und wie machtlos man im Moment der Katastrophe ist. Es gilt also bestmöglich vorzubeugen und trotzdem bestens vorbereitet zu sein.

Sirenen und Warnsysteme

Frühwarnsysteme müssen funktional sein und weiter ausgebaut werden. Die Funktion der Sirenen im gesamten Stadtgebiet muss sichergestellt und regelmäßig überprüft werden. Alle Orte der Stadt müssen verlässlich mittels Sirenen im Ernstfall gewarnt werden können. Dafür muss gegebenenfalls, insbesondere in Neubaugebieten, die bestehende Infrastruktur erweitert werden. Die Entwicklung neuer Möglichkeiten zur Warnung der Bevölkerung schreitet voran, diese Entwicklungen dürfen an uns nicht vorbeiziehen. Wir müssen regelmäßig neue Systeme und Entwicklungen prüfen und einführen.

Barrierefreie Notfallpläne

Notfallpläne müssen barrierefrei sein und von allen Bürger:innen verstanden werden können. Bürger:innen und zivile Institutionen müssen in die Entwicklung der Notfallpläne bestmöglich einbezogen werden. Die Flut 2021 hat gezeigt, dass im Ernstfall unkomplizierte und unkonventionelle Hilfen und Lösungen nicht nur möglich, sondern notwendig sind. Auch zivile Hilfen müssen in künftigen Notfall- und Ablaufplänen bestmöglich berücksichtigt und mitkoordiniert werden.

Hochwasserschutz, Abfluss und Versiegelung

Wir machen wichtige Fortschritte im Bereich Hochwasserschutz. Der Hochwasserschutz muss stetig weiterentwickelt werden. Auch kleine Fließgewässer müssen mitbedacht werden. Die Funktionalität der Gossen und Abwasserkanäle muss überall sichergestellt sein. Versiegelung von Flächen muss immer kritisch betrachtet, geprüft und dem Hochwasserschutz untergeordnet werden.

Kommunikation mit anderen Behörden und der Bevölkerung

Die Bevölkerung muss geschult werden und sicher im Verständnis der Warnsignale und im Umgang mit den verschiedenen Kommunikationswegen sein. Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden beim Kreis, Land und Bund sowie mit den Hilfsorganisationen muss eng und reibungslos verlaufen.

Feuerwehr

Feuerwehr und Rettungsdienst stärken

Feuerwehr und Rettungsdienst sind zentraler Bestandteil der Sicherheitsinfrastruktur. Die haupt- und ehrenamtlichen Kräfte leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit in Erfstadt. Das muss zum Wohle aller honoriert und weiter gestärkt werden. Feuerwehr und Rettungsdienst müssen stetig an neue Herausforderungen angepasst und vernünftig ausgestattet werden. Insbesondere die zeitgemäße und personelle Ausstattung muss regelmäßig überprüft und ertüchtigt werden. Notwendige Mittel müssen immer bereitgestellt werden, im Bereich der öffentlichen Sicherheit darf nicht gespart werden. Wir begrüßen die notwendige Neustrukturierung der Feuerwehr zur Verbesserung der Sicherheit im gesamten Stadtgebiet und fordern, dass die haupt- und ehrenamtlichen Kräfte der Feuerwehr künftig mehr eingebunden und im Prozess tiefgehend beteiligt werden.

Haupt- und Ehrenamt

Stärkung des Miteinanders zwischen Haupt-/Ehrenamt und Ortsgruppen. Mehr Beteiligung der Feuerwehrkräfte an Planungs- und Entscheidungsprozessen. Bei der Gewinnung von Nachwuchskräften leisten unsere Feuerwehr und die Ortsgruppen eine wichtige und tolle Arbeit, wir wünschen uns, dass diese Arbeit seitens der Stadtverwaltung intensiver gefördert und unterstützt wird. Der Ausbau der Kinder- und Jugendfeuerwehren heute bildet die Grundlage für die Versorgung in der Zukunft. Diese wichtige Aufgabe dürfen wir nicht unterschätzen.

Ausbau von Übungs- und Schulungsangeboten

Unsere Kräfte leisten wichtige und professionelle Arbeit. Zur Sicherheit unserer Kräfte und der Bevölkerung stellen wir den Anspruch für unsere Kräfte, beste Vorbereitung auf Katastrophenfälle und Großlagen sicherzustellen. Dabei wollen wir verstärkt Möglichkeiten prüfen, interkommunale Übungen zu organisieren. Die Verwaltung soll künftig enger mit Besitzer:innen und Betreiber:innen von großen Flächen und Gebäuden in Abstimmung gehen, um weitere/neue vielfältige Möglichkeiten für Schulungen beziehungsweise Übungen zu schaffen.

Prüfung und Verbesserung von Zuwegungen

Zuwege für Rettungsfahrzeuge müssen gewährleistet sein. Regelmäßige Prüfung von Zuwegungen zu Wäldern und Feldern. Diese müssen für Rettungsfahrzeuge nutzbar sein. Die Versorgung mit Löschwasser muss sichergestellt sein. Auch in Ortsdurchfahrten müssen Engstellen künftig besser im Blick gehalten und gegebenenfalls zur Sicherung der problemfreien Zuwegung für Rettungsfahrzeuge angepasst werden.

Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Ordnungsamt

Sicherheit in Erfstadt

Für die Sicherheit in unserer Stadt wollen wir Angebote von Gewaltpräventions- trainings, Rassismusbekämpfung und die Jugendhilfe ausbauen. Dazu müssen wir auch in den Bereichen Sozial- und Jugendarbeit wieder stärker investieren. Ebenso setzen wir uns für Informations- und Schulungsangebote für die Bevölkerung und an Schulen zu Sicherheit in der Öffentlichkeit und in digitalen Räumen ein. Öffentliche Orte und unsere Straßen sollen besser beleuchtet werden, um der Entstehung von Angsträumen entgegenzuwirken. Größere Fahrradstellplätze und die Parkplätze Steinstraße und P&R sollen besser ausgeleuchtet werden.

Ordnungsamt

Das Ordnungsamt ist ein wichtigstes Instrument der Stadt Erfstadt, um Dinge wie die Durchsetzung von Verordnungen, einen geregelten Parkraum und Sicherheit auf Veranstaltungen sicherzustellen. Diese Aufgaben müssen fair und korrekt zum Wohle der Gemeinschaft wahrgenommen werden. Prävention statt Repression im Umgang mit der Bevölkerung muss der Standard sein. Für die Kräfte des Ordnungsamtes sollen regelmäßige Schulungs- und Fortbildungsangebote umgesetzt werden mit Fokus auf konsequente Deeskalation in kritischen Situationen, die Sensibilisierung für den Umgang mit Menschen mit Behinderungen, Neurodivergenzen oder mentalen Erkrankungen, sowie queeren und marginalisierten Menschen und den Umgang mit interkulturellen Herausforderungen. Dies soll nicht nur dem direkten Umgang mit der Bevölkerung, sondern auch dem Selbstschutz unserer Mitarbeiter:innen im Ordnungsamt dienlich sein. Wir wollen das Ordnungsamt technisch und personell zukunftsgerecht ausgestattet wissen, um unter anderem auch stärkere Kontrollen des ruhenden Verkehrs für einen sicheren Verkehrsraum für alle zu gewährleisten und die Sicherheit bei größeren Veranstaltungen zu erhöhen.

Verbot von privatem Feuerwerk

Wir fordern ein Verbot von privatem Feuerwerk in unserer Stadt. Pyrotechnik verursacht jedes Jahr vermeidbare Verletzungen, Brände und immense Belastungen für Rettungskräfte, Tiere und Umwelt. In Deutschland werden jährlich über 8.000 Feuerwerksunfälle gemeldet. Das Brandrisiko ist immens (z.B. Silvester 2023: 1.500 Feuerwehreinsätze in NRW). Ein Verbot führt zur Entlastung von Rettungskräften. Weniger Notfälle an Silvester ermöglichen schnellere Hilfe bei Notlagen. Die Alternativen sind zentral organisierte Lichtshows ohne Lärm und Abgase oder wenigstens professionelle Feuerwerke an zentralen Orten – sicher, kontrolliert und gemeinschaftlich erlebbar.



Kultur, Vereine, Sport und Alltag

Kultur, Stadtgeschichte, Naherholung und Tourismus

Erfstadt als Kulturstandort entwickeln

Wir wollen die historische Altstadt von Lechenich und die Schlösser und Burgen für diese Vision einer touristisch und kulturell wertvollen Stadt Erfstadt einbinden. Die historische Altstadt von Lechenich und insgesamt historische Orte und Gebäude in Erfstadt sollen wahrnehmbarer und erlebbar werden. Die Gestaltung des Marktplatzes als autofreie Zone und die allgemeine Anpassung der Stadt beziehungsweise Ortsbilder sehen wir als notwendig für die Erreichung der Ziele. Die Linke verfolgt im Sinne der Optimierung von Kommunal финанzen und Stadtentwicklung den Ansatz Kauf statt Miete, der sich auch in kulturell wertvollen Flächen und Gebäuden widerspiegeln soll. Langfristig wollen wir historisch bedeutsame Gebäude und Flächen, welche für die Stadt nützlich sein können, in städtischen Besitz (zurück-)kaufen und unter anderem auch für Kultureinrichtungen und Orte des Zusammenkommens und des außerschulischen Lernens nutzen. Historische Gebäude wie das Haus Ganser, das Amtsgericht in Lechenich und die Landesburg sind sichtbar, aber nicht effektiv wahrnehmbar. Die Präsenz der Stadtgeschichte und bedeutenden Orte und Bauten wollen wir ausbauen und nutzen. Wir setzen uns unter anderem für die Einrichtung eines Stadtmuseums ein. Auch lokale Vereine, Institutionen und Unternehmen wollen wir in diese Planungen einbinden und diese gleichzeitig fördern und fordern. Das Angebot an Kulturveranstaltungen in Erfstadt wollen wir weiter ausbauen und für Erfstadt nutzen. Hierfür fordern wir unter anderem auch die Einrichtung eines Amtes für Kultur und Tourismusförderung und eine Kultur- und Veranstaltungsplattform.

Amt für Kultur- und Tourismusförderung

Wir fordern die Kulturabteilung zu einem Amt für Kultur- und Tourismusförderung zu erheben. Dieses Amt soll gemeinsam mit der städtischen Wirtschaftsförderung und der Stelle für Stadtmarketing, welche wir schaffen wollen, nicht nur an der Entwicklung der Stadt zum Kultur- und Tourismusstandort mitwirken, sondern insbesondere auch die laufende Entwicklung von Kulturangeboten und Veranstaltungen und stetige Weiterentwicklung begleiten und unterstützen.

Erfstadt als naturnahen Standort für Naherholung entwickeln

Erfstadt wollen wir als Standort für Naherholung, insbesondere im Bereich Oberliblar, Ville und Liblarer See, entwickeln. Dafür wollen wir die Entwicklung neuer, naturnaher Naherholungsräume angehen. Wir wollen die Ville besser zugänglich machen und die direkte Umgebung aufwerten. Ebenso wollen wir langfristig den Liblarer See aufwerten. Die Verpachtung des Campingplatzes und des Strandbades soll mit Ablauf des aktuellen Pachtvertrages enden und die Stadt Erfstadt künftig in Eigenleistung das Strandbad und die dazugehörigen Anlagen verwalten und weitestgehend betreiben. Die Naturzentren Friesheimer Busch und Gymnicher Mühle sollen künftig mehr Beachtung finden.

Vereine, Ehrenamt und Sport

Ein Kulturzentrum für Erfststadt

Wir fordern die Einrichtung eines Kulturzentrums für Erfststadt, hier soll das von uns geforderte Amt für Kultur- und Tourismusförderung Gestaltungsspielraum und Ressourcen bekommen, Vereine und Ehrenamt zu unterstützen und Vereinen und Ehrenamtler:innen eine Anlaufstelle bieten. Hiermit wollen wir zudem Räume schaffen, um Vereinsarbeit ausführen und Veranstaltungen organisieren zu können.

Eine interaktive Kultur- und Veranstaltungsplattform für Erfststadt

Vereine, Kulturtreibende und Ehrenamtler:innen leben von aktiven Beteiligungen an Projekten und Veranstaltungen. Was wäre ein Konzert ohne Zuhörer:innen oder eine Kunstausstellung ohne Besucher:innen? Wir wollen eine zentrale, städtische, digitale Plattform schaffen, auf der zum einen Vereine, Kulturtreibende und Ehrenamtler:innen aber auch die Stadt selber ihre Angebote, Veranstaltungen und weiteres präsentieren können und zum anderen interessierten Einwohner:innen und Besucher:innen unserer Stadt ein einfacher, übersichtlicher Weg geboten wird, sich über Veranstaltungen und Angebote in Erfststadt zu informieren.

Vereine und Ehrenamt fördern

Vereine und Ehrenamt beleben unsere Stadt, gestalten den Alltag und erhöhen die Lebensqualität in unserer Stadt. Wir wollen Vereine und Ehrenamt stärken. Dazu brauchen wir engere Vernetzung zwischen den verschiedenen Vereinen und der Stadtverwaltung. Die Förderung von Vereinen und Ehrenamt soll über das von uns geforderte Amt für Kultur- und Tourismusförderung von städtischer Seite aus auch aktiv unterstützt werden. Vernetzungsformate und Beratungsangebote, beispielsweise für Neugründungen, sollen für Vereine und Ehrenamtler:innen in Erfststadt einfach zu erreichen und wahrzunehmen sein.

Sportstätten

Städtische Sportstätten sollen allen zur Verfügung stehen und einfach zugänglich sein. Mit dem digitalen Schließsystem für Individualsportler:innen hat Erfststadt schon einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Der Zugang hierzu muss erleichtert und das Angebot für die Erfststädter:innen präsenter werden. Das Angebot der Sportstättenlandschaft wollen wir mittelfristig weiter ausbauen.

Sport ist vielfältig

Sport ist nicht nur Vereinssport. Wir wollen Individualsport und die Vielfalt des Sports weiter fördern. Hierfür schlagen wir unter anderem die Einrichtung einer Angebotsübersicht für den Sport in Erfststadt vor, dieses Angebot soll die diversen Sportangebote und Sportstätten, Laufrouen und Fahrradwege aufzeigen.

Stadtbücherei und Musikschule

Musikschule

Die Musikschule ist für Erfstadt ein Aushängeschild und ein wichtiger Ort für Menschen jeden Alters, für Kulturtreibende und Garant für eine aktive Musik- und Kulturszene in Erfstadt. Wir wollen die Musikschule weiter fördern und Angebote ausbauen. Wir stellen uns gegen weitere Stellenstreichungen im Bereich der Musikschule und erkennen den Bedarf an besseren finanziellen und personellen Mitteln dieser wichtigen Kultureinrichtung an. Wir wollen die Musikschule stärker in Kulturprojekte einbinden und sie zu einem mit dem Bereich Kultur- und Tourismusförderung fest verknüpften Teil der Entwicklungsstrategie machen. Für Schüler:innen der Musikschule braucht es eine sichere Perspektive, eine gute finanzielle Ausstattung und die Zusage für eine bedarfsgerechte Personalausstattung, die den Ausbau statt der Einschränkung der Musikschule sicherstellt.

Stadtbücherei

Die Stadtbücherei Erfstadt ist mit ihren zwei Standorten in Lechenich und Liblar eine wichtige Einrichtung für unsere Stadt. Der Standort Lechenich ist mit seinen modernen Räumen für die Zukunft gut aufgestellt. Die Zukunft der Stadtbücherei in Liblar hingegen ist eher ungewiss. Der aktuelle Standort muss aus Kostengründen aufgegeben werden. Aktuell ist der Standort Liblar in einer angemieteten Immobilie untergebracht. Wir fordern eine Lösung für den bestmöglichen Erhalt des Stadtbücherei-Angebots für Liblar und setzen uns für die Unterbringung in einem städtischen Gebäude ein. Ergänzend zum Standorterhalt sollen Konzepte zu digitalen Angeboten entwickelt werden. Das Konzept der Fernleihe wollen wir für Erfstadt etablieren, hier muss beachtet werden, dass Fernleihe-Angebote nicht nur digital, sondern auch analog genutzt werden können (z.B. Bestellhotline), um dieses Angebot Menschen aller Altersklassen leicht zugänglich zu machen. Das Konzept eines Bücherbusses soll für Erfstadt geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden. Insbesondere weniger mobile Menschen in kleineren Ortsteilen können so besser die Angebote der Stadtbücherei wahrnehmen. Denkbar wäre hier auch die Schaffung von Synergien mit dem Fernleihe-Konzept. Insgesamt gilt es, die bestehenden Angebote bestmöglich zu erhalten und zukunftsfähig aufzustellen.



Bildung, Schule und Kita

Schulen

Kostenloses Essen in Schulen

Wer lernen will, darf nicht hungrig sein. Jede:r Schüler:in soll eine gute, sättigende Mahlzeit erhalten können, unabhängig davon, wie viel Geld die Eltern haben. Das Essen soll selbstverständlich regional, gesund, abwechslungsreich und natürlich lecker sein. Dabei soll in der Auswahl stets eine Mahlzeit vegan sein, um bestmöglich alle Formen der Ernährung zu bedienen.

Schutzkonzepte, Prävention und Soziales

Schulen sind auch Orte des gesellschaftlichen Lernens. Wir fordern, neben dem akademischen, auch das soziale Lernen bestmöglich auszugestalten, beispielsweise durch Schutzkonzepte, Präventionsschulungen und extrakurrikulare Angebote. Der Umgang mit digitalen Medien, Suchtmitteln und Gewalt sowie die Vielfalt in der Gesellschaft sollen in verschiedenen Angeboten gelernt werden, um Schüler:innen auch abseits des Lehrplans bestmöglich auf das Leben vorzubereiten.

Digitalisierung

Die Erfstädter Schulen haben sich auf dem Gebiet der Digitalisierung, hauptsächlich dank der Landes- und Bundesförderprogramme der letzten Jahre, bereits bedeutend verbessern können. Dennoch bleibt die Digitalisierung eine fortwährende Herausforderung. So sollen durch Fortbildungen die Lehrkräfte laufend auf dem neuesten Stand gehalten werden, was Unterrichtsmaterial, Inhalte und Risiken anbelangt.

Gesamtschule

Eine breit aufgestellte Schullandschaft kommt der Gemeinschaft zugute, dieser fehlt jedoch weiterhin eine Gesamtschule. Alleine die hohe Zahl der Schüler:innen, die in anderen Gemeinden eine Gesamtschule besuchen, ist ein klares Signal, dass auch Erfstadt eine Gesamtschule benötigt. Durch Geburten und Zuzug wird sich die Zahl der Schüler:innen in der Region zukünftig so weit erhöhen, dass unsere Nachbargemeinden keine weiteren Schüler:innen mehr von außerhalb annehmen werden können. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, bereits einen Blick in die Zukunft zu werfen und die Schullandschaft so auszugestalten, dass uns in einigen Jahren keine plötzliche, böse Überraschung droht.

Verkehr und „Elterntaxis“

Die Zahl der Verkehrsunfälle in Schulumnähe steigt seit Jahren und ist eine ernstzunehmende Bedrohung für Schüler:innen, Eltern und Lehrkräfte. Deshalb wollen wir weg von „Elterntaxis“ und neben dem Ausbau von ÖPNV auch verstärkt auf Hol- und Bringzonen setzen. Die Verkehrssicherheit rund um die Erfstädter Schulen muss besser werden, insbesondere für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen. Autoverkehr wollen wir auf Schulwegen und um Schulen herum weiter beruhigen und gegebenenfalls in direkter Schulumgebung für Nicht-Anwohner:innen ausschließen.

Integration und Inklusion

Sowohl Integration als auch Inklusion sind gesamtgesellschaftliche Herausforderungen, die sich besonders in den Schulen zeigen. Die aktuelle Sachlage zur Inklusion an den städtischen Schulen wirft Fragen auf. So besuchen beinahe die Hälfte aller Schüler:innen mit Inklusionsbedarf die Hauptschule, während an beiden Gymnasien keine Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf angegeben sind. Es braucht sinnvolle Konzepte, diesen Herausforderungen zu begegnen, damit alle Beteiligten davon profitieren können. Integration und Inklusion müssen möglich sein, ohne dass der reguläre Schulbetrieb darunter leidet, jedoch alle Zugang dazu haben können. Auch räumliche, bauliche und personelle Anpassungen können dazu nötig sein und müssen priorisiert umgesetzt werden.

Baulicher Zustand der Schulen und Schulhöfe

Die Erfstädter Schulen sind durchweg in einem schlechten baulichen Zustand und leiden teils erheblich unter Raummangel. Dieser Umstand muss schnellstmöglich beseitigt werden, indem Renovierungs- und Erweiterungsarbeiten geplant und durchgeführt werden. Auch die Schulhöfe sollten dabei bedacht werden. So schrumpfen diese an einigen Schulen durch notwendige Anbauten seit Jahren oder sind lange nicht mehr modernisiert worden. Eine sinnvolle Nutzung der Pausenzeiten ist enorm wichtig, um bestmögliche Lernerfolge zu erzielen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Zusammenarbeit mit Schüler:innen und Lehrkräften alle Schulhöfe in Erfstadt in einen Zustand gebracht werden, dass diese gerne und sinnvoll genutzt werden können. Dabei soll insbesondere eine Begrünung der Schulhöfe herbeigeführt werden.

Ganztagsbetreuung

Die Ganztagsbetreuung an Erfstädter Schulen muss weiter ausgebaut werden. Fehler im Planungsverfahren, wie bei der Mensa der Donatusschule, dürfen nicht passieren. Auch in der Zukunft muss Erfstadt dem gesetzlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung nachkommen und genügend Plätze für alle vorhalten.

Kita und Tagespflege

Kitas ausbauen

Der Bedarf an Kita-Plätzen ist seit Jahren extrem hoch und die Situation ist angespannt. Wer einen Betreuungsplatz für sein Kind möchte, muss sich schon kurz nach der Geburt um einen Platz bewerben. Diese Situation muss dringend entspannt werden, damit auch andere Faktoren wieder in den Vordergrund rücken, wie die wohnortnahe Betreuung. Dazu müssen die Kapazitäten der städtischen Kitas schnellstmöglich und wirkungsvoll ausgebaut und neue Kitas errichtet werden. Auch die Personalkapazitäten müssen beim Ausbau bedacht werden. Künftig soll die Stadt Erzieher:innen immer unbefristet einstellen. Die Linke setzt sich auch für den Ausbau von U3-Betreuung ein. Insbesondere Alleinerziehende, Auszubildende, Studierende und junge Eltern sind auf eine gute und bedarfsgerechte Kita-Landschaft angewiesen.

Kostenlose Kita-Plätze

Andere Gemeinden und Städte in der Umgebung machen es bereits vor, dass die kostenlose Betreuung in städtischen Kitas möglich und sinnvoll ist. Wir fordern gleiche Chancen auf Kinderbetreuung für alle, ein Kita-Platz darf nicht zu Geldsorgen führen. Dazu muss die Inanspruchnahme der Kinderbetreuung in einer städtischen Kita kostenfrei sein.

Kostenloses Essen in Kitas

Gesunde Ernährung ist für die gute Entwicklung von Kindern besonders wichtig. Wir fordern, dass das Essen in den städtischen Kindertagesstätten kostenlos wird, damit jede Familie, unabhängig vom Geldbeutel, die bestmögliche Versorgung erhält. Das Essen soll selbstverständlich gesund, lecker, regional und abwechslungsreich sein; dabei müssen auch individuelle Ernährungsformen bedacht werden.

Tagespflege

Wir wollen städtische Angebote zur Ausbildung und Weiterbildung von Tagespflegepersonen ausbauen und fördern. Die Tagespflege ist ein wichtiger Teil der frühkindlichen Bildung und kann die Stadt bei der Aufgabe der U3-Betreuung maßgeblich unterstützen.

Volkshochschule (VHS) und sonstige außerschulische Bildung

Förderung der VHS und Ausbau der Angebote

Die Volkshochschule bietet ein breites Spektrum an Möglichkeiten zur Weiterbildung. Dieses wertvolle Angebot wollen wir nach Möglichkeit weiter ausbauen. Gleichzeitig gilt: Die VHS agiert größtenteils unabhängig von der Stadtverwaltung und der Politik. Das soll weiterhin so bleiben, jedoch soll die VHS uneingeschränkte Unterstützung erhalten, wenn diese benötigt wird.

Integration

Die VHS ist seit Jahren wichtiger Bestandteil der Integrationsarbeit. Insbesondere mit den Sprachkursen für Migrant:innen wird ein zentraler Beitrag zur Integration geleistet. Soft Skills, interkulturelle Zusammenarbeit und Verständigung zwischen Kulturen, auch abseits der sprachlichen Ebene, fördert die VHS seit jeher sehr intensiv und erfolgreich. Die Arbeit der VHS setzt Maßstäbe und für diese wichtige Arbeit sind wir dankbar. Die VHS ist ein wichtiger Teil der Bildungslandschaft in Erfstadt und muss von der Politik auch in Zukunft gefördert und in ihrer Arbeit unterstützt werden.

Umweltzentren

Die Umweltzentren Friesheimer Busch und Gymnicher Mühle sind einzigartige Bildungsräume in Erfstadt. Wir setzen uns für deren Erhalt und Förderung sowie für eine gute Vernetzung zu den lokalen Schulen ein. Die Umweltzentren sollen zukünftig mehr Beachtung finden und in Kulturangebote sowie Angebote der außerschulischen Bildung mehr eingebunden werden.

Jugendzentren

Die Jugendzentren der Stadt Erfstadt sind nicht nur wichtige Räume für Begegnung, sondern auch für niedrigschwellige Bildungsangebote für junge Menschen. Kürzungen oder gar Schließungen lehnen wir konsequent ab. Viel mehr sollen diese Angebote unterstützt werden. Wir begrüßen hier projektbezogene Bildungsangebote, beispielsweise zu Themen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Diversität oder mentale Gesundheit.

Stadtbücherei und Musikschule

Musikschule

Die Musikschule ist für Erfstadt ein Aushängeschild und ein wichtiger Ort für Menschen jeden Alters, für Kulturtreibende und Garant für eine aktive Musik- und Kulturszene in Erfstadt. Wir wollen die Musikschule weiter fördern und Angebote ausbauen. Wir stellen uns gegen weitere Stellenstreichungen im Bereich der Musikschule und erkennen den Bedarf an besseren finanziellen und personellen Mitteln dieser wichtigen Kultureinrichtung an. Wir wollen die Musikschule stärker in Kulturprojekte einbinden und sie zu einem mit dem Bereich Kultur- und Tourismusförderung fest verknüpften Teil der Entwicklungsstrategie machen. Für Schüler:innen der Musikschule braucht es eine sichere Perspektive, eine gute finanzielle Ausstattung und die Zusage für eine bedarfsgerechte Personalausstattung, die den Ausbau statt der Einschränkung der Musikschule sicherstellt.

Stadtbücherei

Die Stadtbücherei Erfstadt ist mit ihren zwei Standorten in Lechenich und Liblar eine wichtige Einrichtung für unsere Stadt. Der Standort Lechenich ist mit seinen modernen Räumen für die Zukunft gut aufgestellt. Die Zukunft der Stadtbücherei in Liblar hingegen ist eher ungewiss. Der aktuelle Standort muss aus Kostengründen aufgegeben werden. Aktuell ist der Standort Liblar in einer angemieteten Immobilie untergebracht. Wir fordern eine Lösung für den bestmöglichen Erhalt des Stadtbücherei-Angebots für Liblar und setzen uns für die Unterbringung in einem städtischen Gebäude ein. Ergänzend zum Standorterhalt sollen Konzepte zu digitalen Angeboten entwickelt werden. Das Konzept der Fernleihe wollen wir für Erfstadt etablieren, hier muss beachtet werden, dass Fernleihe-Angebote nicht nur digital, sondern auch analog genutzt werden können (z.B. Bestellhotline), um dieses Angebot Menschen aller Altersklassen leicht zugänglich zu machen. Das Konzept eines Bücherbusses soll für Erfstadt geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden. Insbesondere weniger mobile Menschen in kleineren Ortsteilen können so besser die Angebote der Stadtbücherei wahrnehmen. Denkbar wäre hier auch die Schaffung von Synergien mit dem Fernleihe-Konzept. Insgesamt gilt es, die bestehenden Angebote bestmöglich zu erhalten und zukunftsfähig aufzustellen.



**Arbeit,
Soziales,
Familie,
Inklusion und
Integration**

Arbeitsplätze, Arbeit- und Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit

Erfstadt ist eine der wenigen Kommunen des Kreises, in der die Arbeitslosigkeit zuletzt nicht rückläufig war. Diese Entwicklung nehmen wir ernst und werden sie verstärkt im Rat thematisieren.

Existenzgründung unterstützen

Erfstadt soll freundlicher für Existenzgründung werden. So wollen wir Existenzgründer:innen, gerade Frauen, Migrant:innen und junge Menschen, verstärkt unterstützen. Ein wichtiger Bestandteil der Unterstützung ist ein kommunales StartUp- und Existenzgründungszentrum, das wir im Wirtschaftspark ansiedeln wollen.

Tariftreue

Wir wollen sicherstellen, dass alle von der Stadt beauftragten Firmen den Tariflohn einhalten und gute Arbeitsbedingungen haben. Es sollen keine Aufträge mehr an Firmen vergeben werden dürfen, die sich nicht an die Tarifverträge halten.

Wirtschaftsförderung

Wir fordern umfassende Veränderungen bei der Wirtschaftsförderung, um mehr lokale Arbeitsplätze zu schaffen. So wollen wir Existenzgründung fördern, indem ein kommunales Gründerzentrum geschaffen werden soll. Ebenfalls wollen wir weitere Gewerbeflächen ausweisen und langfristig die Gewerbesteuer senken, damit sich mehr neue Firmen in Erfstadt ansiedeln. Auch durch unsere Forderungen im Bereich Bildung, Kultur, Familie und Integration wollen wir Erfstadt insgesamt zu einer attraktiveren Stadt für Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen machen.

Jugendschutz und Jugendpolitik

Kinderarmut

In der aktuellsten Erhebung lag die Kinder- und Jugendarmut in Erfstadt bei 11,8 %. Das heißt, dass mehr als jedes zehnte Kind von Armut betroffen ist. Das ist ein erschreckendes Bild. Daher wollen wir Angebote in Kitas, Schulen und anderen kommunalen Einrichtungen möglichst kostenlos halten, um bestmögliche Teilhabe für alle zu ermöglichen. Auch die Ursachen für die hohe Kinderarmut müssen auf kommunaler Ebene so weit wie möglich angegangen werden.

Schutzkonzepte und Prävention gegen Hass, Gewalt und Ausgrenzung

Städtische Einrichtungen sollen Schutzkonzepte gegen Hass, Gewalt und Ausgrenzung aufstellen. Junge Menschen sollen zum Beispiel in Schulen oder Jugendzentren Präventionsschulungen erhalten. So wollen wir das gesellschaftliche Miteinander verbessern.

Förderung von Ferienprogrammen

Es gibt bereits Angebote der Stadt zur Kinderbetreuung in den Ferien. Diese sollen erhalten, weiter verbessert und ausgebaut werden. Es soll nicht nur darum gehen, dass Kinder und Jugendliche über die Ferienzeit beschäftigt sind, sondern sie sollen auch gute Erfahrungen machen und Neues kennenlernen. Dazu sollen auch die vielfältigen Angebote freier Träger weiter gefördert werden, damit junge Menschen eine große Auswahl wertvoller Angebote zur Feriengestaltung haben.

Aufenthaltsorte für junge Menschen

Junge Menschen brauchen Orte, an denen sie sich selbstbestimmt entfalten können. Dazu zählen beispielsweise Parks und Grillhütten. Von einigen Stadtteilen aus sind die Wege zu solchen Orten zu weit, daher braucht es auch mehr sogenannte Third Places für junge Menschen in den kleineren Stadtteilen. Alle diese Orte sollen attraktiver und zugänglicher gemacht werden. So könnten beispielsweise Grillhütten mittels kleiner Photovoltaik-Anlagen auch abends beleuchtet werden.

Schulsozialarbeit

In Erfstadt gibt es aktuell nur an drei von fünf städtischen weiterführenden Schulen ein Angebot der Schulsozialarbeit. Wir halten ein festes, eigenes Angebot an allen weiterführenden Schulen für dringend notwendig. An den Grundschulen sind zwei Mitarbeiterinnen für acht Grundschulen im gesamten Stadtgebiet zuständig. Auch hier sehen wir Nachholbedarf. Die Nachbarkommune Kerpen bietet an allen Schulen im Stadtgebiet Schulsozialarbeit mit eigenem Personal an.

Familienpolitik

Kinder- und Familienfreundliche Stadt

Wir wollen Erfstade zu einer besonders kinder- und familienfreundlichen Stadt machen. Dazu fordern wir mehrere Maßnahmen für die gesamte Familie. Verkehrswege sollen barrierefreier werden, damit man zu Fuß, mit dem Kinderwagen oder auf dem Fahrrad überall hinkommt. Es braucht mehr Kita-Plätze, die wir dazu noch kostenfrei machen wollen. Die Schulen sollen insgesamt attraktiver werden. Junge Menschen sollen mehr Orte, sogenannte Third Places, in der Stadt erhalten, um sich freier und selbstbestimmter entfalten zu können. Aber auch unsere anderen Forderungen in den Bereichen Bildung, Kultur und Versorgung sollen dazu beitragen, dass Erfstade attraktiver für alle Familien wird.

Vereinbarkeit Kind und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte allen Menschen gleich möglich sein. Dazu setzen wir unter anderem auf kostenfreie Kita-Plätze, Durchsetzung des Anspruchs auf Ganztagsbetreuung sowie die Schaffung und den Erhalt weiterer Angebote. Ebenfalls wollen wir alle städtischen Arbeitsplätze so familienfreundlich wie möglich machen. Zusätzlich sollen lokale Arbeitgeber:innen dabei unterstützt werden, ein familienfreundliches Arbeitsumfeld zu schaffen.

Wohnen

Es muss für Familien leichter sein, eine geeignete Bleibe in Erfstade zu finden. Wir brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum, insbesondere für junge Familien und alleinerziehende Eltern. Dazu fordern wir umfassende Veränderungen in der Wohn-, Bau- und Mietenpolitik der Stadt.

Unterwegs in der Stadt

Damit man sorglos als Familie unterwegs sein kann, braucht es besondere Infrastruktur. Wir fordern mehr öffentliche Toiletten im gesamten Stadtgebiet, die auch mit Wickeltischen ausgestattet werden sollen. Ebenso fordern wir weitere Anpassungen, beispielsweise mehr Bänke für Verschnaufpausen oder mehr Aufenthaltsorte für Jugendliche.

LGBTQIA+

Pride-Fahne

Die Forderung aus dem letzten Wahlprogramm, dass im „Pride-Month“ Juni an städtischen Fahnenmasten eine Regenbogenfahne hängen soll, wurde umgesetzt. Im „Pride-Month“, während des Kölner CSD-Straßenfests, Stonewall-Gedenktag, Coming-Out-Tag und dem IDAHOBITA (Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter-, Trans-, Asexuellenfeindlichkeit) ist vor dem Liblarer Rathaus und auf dem Lechenicher Marktplatz die Regenbogenfahne zu sehen. Zusätzlich informiert die Stadt über Social Media. Das muss unbedingt so bleiben, queeres Leben muss sichtbar sein und immer sichtbarer werden.

Queeres Leben und Initiativen

Offenheit und Toleranz für alle Lebensentwürfe sind Fundament einer solidarischen Gesellschaft. Daher wollen wir queere Menschen und Regenbogenfamilien bestmöglich unterstützen. Insbesondere Vereine und Initiativen, die sich mit Themen für queere Menschen oder FLINTA* (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Personen) auseinandersetzen, wollen wir priorisiert fördern. So würden wir beispielsweise die Durchführung einer CSD-Demo in Erfststadt stark befürworten.

Angebote für junge Menschen

Themen wie Identitätsfindung und Coming-Out betreffen vor allem junge Menschen. Diese wollen wir dabei unterstützen, indem die Erfstädter Jugendhilfe Angebote zur Beratung und Vernetzung entwickeln soll. Unsere Nachbarstadt Kerpen hat seit Jahren einen gut besuchten Jugendtreff für queere Jugendliche in den Räumen des Sindorfer Jugendzentrums. Ein ähnliches Angebot für Erfststadt sehen wir als sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden Angeboten in den Erfstädter Jugendzentren.

Aufklärung an Schulen

Um die freie Entfaltung aller jungen Menschen zu garantieren, wollen wir den Dialog mit den Schulleitungen und Schüler:innenvertretungen suchen, um die Etablierung eines Aufklärungs- und Antidiskriminierungsprojekts zu erreichen.

Zuwanderung und Integration

Ehrenamtskoordination

Integrationsarbeit betrifft die gesamte Gesellschaft. Damit sich möglichst viele Menschen auch ehrenamtlich einbinden können, gab es in der Vergangenheit eine Ehrenamtskoordinatorin. Zunächst sah die Stadt vor, die Stelle aus finanziellen Gründen zu streichen, woraufhin die Erfststädter Kirchen Geld spendeten, um diese enorm wichtige Stelle zu sichern. Wir fordern, dass diese Stelle in Zukunft dauerhaft erhalten und von städtischen Geldern getragen wird. Die Anlaufstelle soll in einem städtischen Gebäude eingerichtet werden.

Dezentrale Unterbringung

Integration braucht soziale Teilhabe und ein starkes Miteinander. Wir fordern daher, dass Geflüchtete und Migrant:innen möglichst dezentral untergebracht werden. Längerfristige Unterbringung in zentralen Unterkünften verhindert Begegnungen mit den Menschen und der Gesellschaft vor Ort und verstärkt Segregation.

Integration vor Ort

Wir fordern ein breites Spektrum an Veränderungen und Verbesserungen im Bereich von Bildung, Kultur und Naherholung. Diese Angebote sollen auch der Integration zugutekommen. So fördern wir ein lebendiges und realitätsnahes Kennenlernen der neuen Heimat, ihrer Sprache, Kultur und Natur sowie zwanglose Begegnungen mit den Menschen, die hier leben. Weiterhin möchten wir die Sprach- und Integrationskurse der VHS unbedingt erhalten, denn schnelles Aufbauen guter Sprachkenntnisse ist unerlässlich für gelingende Integration in die Gesellschaft und den Einstieg in das Bildungswesen und den Arbeitsmarkt.

Niederschwellige Beratung in Lebens- und Alltagsfragen

Mit der Ehrenamtskoordination gibt es eine direkte Anlaufstelle für Geflüchtete, die Beratung suchen. Auch einige Ehrenamtler:innen sowie die Kirchen und Vereine übernehmen diese wichtige Aufgabe. Dies wollen unterstützen und ausbauen, beispielsweise durch verbesserte Vernetzung der Anbietenden untereinander und mit den Angeboten der Stadt.

Verbesserungen im Amt

Einen Großteil des Ausländerwesens übernimmt die Ausländerbehörde im Kreis. Aber auch die Stadt Erfstadt erledigt im Amt für Soziales und Migration wichtige Aufgaben im Bereich der Integrationsarbeit. Eine reibungslose Arbeit im Amt muss sichergestellt werden, indem genug finanzielle Mittel, Personal und Fortbildungsmöglichkeiten bereitgestellt werden. Ebenfalls wollen wir Beschäftigten der Stadt die Möglichkeit geben, sich zu gelungener Integrationsarbeit und interkulturellem Dialog schulen zu lassen.

Vernetzungsangebote

Integration ist eine Aufgabe für die Gemeinschaft. Wir möchten die Integrationsarbeit in Erfstadt insgesamt besser vernetzen. So sollen Menschen, Vereine und Betriebe vor Ort eine bessere Möglichkeit bekommen, sich gewinnbringend in die Integration einzubringen. Die Einrichtung und Wahl des Integrationsrates unterstützen wir ausdrücklich.

Gleichberechtigung, Gleichstellung und feministische Politik

In der Verwaltung

Die Stadt Erfstadt arbeitet bereits seit Jahren an der Gleichstellung und Gleichberechtigung in der Verwaltung. Diese Arbeit muss gesichert werden und auch eine Strahlwirkung auf die lokalen Betriebe haben, um auch dort Gleichberechtigung voranzubringen.

Kostenlose Menstruationsartikel

In der vergangenen Legislatur hat der Schulausschuss mit Stimmen der Linken beschlossen, dass an den Erfstädter Schulen Tampons und Binden kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen. Das begrüßen wir, allerdings muss sichergestellt werden, dass die Menstruationsartikel leicht und diskret zu erreichen sind, beispielsweise durch Binden- und Tamponspender. Wir wollen zukünftig auf allen städtischen Toiletten kostenlose Menstruationsprodukte auslegen.

Frauenhaus

Die Linke setzt sich für den Ausbau der Kapazitäten des Frauenhauses im Rhein-Erft-Kreis ein. Die Fraktion Die Linke im Kreistag hat in der aktuellen Legislaturperiode beantragt, 5 Mio. Euro für den Neubau des Frauenhauses bereitzustellen. Der Antrag wurde im Kreistag abgelehnt. Die Forderung nach der Schaffung neuer Kapazitäten wird Die Linke auch in der kommenden Legislaturperiode weiter vertreten und sich für den Schutz von Frauen einsetzen.

Leben im Alter

Behindertengerechte öffentliche Toiletten

Wir fordern zum einen grundsätzlich mehr öffentliche Toiletten im Stadtgebiet, zum anderen sollen diese auch möglichst barrierearm, bestenfalls vollständig behindertengerecht ausgebaut sein. Das kommt allen Menschen mit Mobilitätseinschränkung zugute.

Verweilmöglichkeiten

Viele Menschen wünschen sich mehr Bänke oder Sitzmöglichkeiten im Stadtgebiet. Gerade ältere Menschen sollten die Chance haben, unbeschwert zu Fuß unterwegs zu sein, ohne sich Sorgen machen zu müssen, dass es keine Möglichkeit für eine kurze Pause gibt.

Senior:innenberatung

Die Stadt hat Anfang 2024 die Kapazitäten zur Beratung im Bereich Senior:innen, Pflege und Behinderung heruntergefahren, da es an Personal und Geld mangelte. Wir wollen sowohl Geld als auch Personal zur Verfügung stellen, damit die Stadt dieses wichtige Angebot wieder in größerem Umfang anbieten kann.

Altersgerechter ÖPNV

Der ÖPNV muss für alle Menschen zugänglich sein. Wir fordern, dass der ÖPNV so weit ausgebaut wird, dass er eine sinnvolle Alternative zum Auto wird. Dabei geht es insbesondere um die Vernetzung zwischen den einzelnen Ortsteilen. Ergänzend fordern wir ein kostenloses Bustraining für Senior:innen. Dieses führt die REVG bereits erfolgreich in Hürth durch.

Intergenerative Vernetzung

Zu unserer Gesellschaft gehören Menschen jeden Alters. Wir wollen die Generationen näher zusammenrücken lassen, indem wir Initiativen für generationsübergreifende Projekte unterstützen. Dazu gehören etwa Mehrgenerationenhäuser, Wohnen gegen Hilfe oder Begegnungsstätten. Wir möchten gemeinsam mit Schüler:innen, Lehrkräften und Schulleitungen Projekte erarbeiten, wie junge und ältere Menschen zusammenarbeiten können, sodass alle Seiten profitieren. In einigen anderen Kommunen haben sich etwa Besuchsdienste von Schüler:innen im Senior:innenheim bewährt.

Förderung von Senior:innencafés

Wir möchten die Gründung und Ansiedlung sogenannter Senior:innencafés in der Stadt erleichtern und vorantreiben.

Vorlesepatenschaften

Die Lesekompetenz von Kindern nimmt in Deutschland seit Jahren ab. Die Forschung zeigt, dass es für die Entwicklung des Leseverstehens von großem Vorteil ist, wenn Kinder viel vorgelesen bekommen. Gleichzeitig zeigen die Statistiken, dass Einsamkeit bei immer mehr älteren Menschen ein Problem ist. Es gibt bereits anderswo Angebote, mit denen man diese beiden Probleme angeht. Auch wir wollen das tun: Wir möchten Vorlesepatenschaften zwischen älteren und jungen Menschen etablieren, beispielsweise in den Grundschulen und der Stadtbücherei.

Soziales Engagement

Vereine und Ehrenamt fördern

Vereine und Ehrenamt beleben unsere Stadt, gestalten den Alltag und erhöhen die Lebensqualität in unserer Stadt. Wir wollen Vereine und Ehrenamt stärken. Dazu brauchen wir engere Vernetzung zwischen den verschiedenen Vereinen und der Stadtverwaltung. Die Förderung von Vereinen und Ehrenamt soll über das von uns geforderte Amt für Kultur- und Tourismusförderung und einem Kultur- und Vereinszentrum von städtischer Seite aus auch aktiv unterstützt werden. Vernetzungsformate und Beratungsangebote, beispielsweise für Neugründungen, sollen für Vereine und Ehrenamtler:innen in Erfstadt einfach zu erreichen und wahrzunehmen sein.

Ehrenamt und Integration

Integrationsarbeit betrifft die gesamte Gesellschaft. Damit sich möglichst viele Menschen auch ehrenamtlich einbinden können, gab es in der Vergangenheit eine Ehrenamtskoordinatorin. Zunächst sah die Stadt vor, die Stelle aus finanziellen Gründen zu streichen, woraufhin die Erfstädter Kirchen Geld spendeten, um diese enorm wichtige Stelle zu sichern. Wir fordern, dass diese Stelle in Zukunft dauerhaft erhalten und von städtischen Geldern getragen wird. Die Anlaufstelle soll in einem städtischen Gebäude eingerichtet werden.

Unterstützung für Zivilcourage

Wir wollen allen Menschen ermöglichen, sich zu Themen wie Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt einzubringen. Dazu soll die Stadt selber Projekte initiieren, zum Beispiel in den Jugendzentren. Ebenso sollen Vereine, die solche Aufgaben übernehmen, mehr Unterstützung erfahren.

Inklusion

Barrierefreie Stadt

Wir streben an, Erfststadt in der Zukunft zu einer barrierefreien Stadt zu machen. Das bedeutet nicht nur, dass die Stadtverwaltung oder städtische Gebäude barrierefrei sind, sondern auch, dass Betriebe und Einrichtungen vor Ort möglichst barrierefrei sind. Dazu leistet der Inklusionsbeirat der Stadt eine gute und wichtige Arbeit. Wir wollen sicherstellen, dass das auch weiterhin passiert.

Stadtverwaltung

Alle sollten die Möglichkeit haben, Amtsgeschäfte selber tätigen zu können. Dazu benötigt es einen Abbau von Barrieren. Insbesondere setzen wir uns für mehr digitale Angebote ein, beispielsweise profitieren Menschen mit mentalen Beeinträchtigungen (Neurodivergenz, Entwicklungsverzögerungen, psychiatrische Erkrankungen), aber auch mobilitätseingeschränkte Personen hiervon. Ebenfalls wollen wir Mitarbeitende der Stadt in Bezug auf Inklusion weiter schulen, wichtig sind hier vor allem Behinderungen wie chronische Erkrankungen oder psychische Leiden.

Blindenleitstreifen

Mit dem barrierefreien Umbau aller Bushaltestellen im Stadtgebiet wurden viele neue Blindenleitstreifen angelegt. Diese enden aber häufig mit dem Haltestellenschild und erleichtern kaum die Navigation für Menschen mit Sehbehinderung. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Neubauten und Sanierungen von Bürgersteigen und Plätzen Blindenleitstreifen angelegt werden.

Öffentliche Toiletten

Wir fordern insgesamt mehr öffentliche Toiletten im gesamten Stadtgebiet. Diese müssen behindertengerecht werden. Bestehende öffentliche Toiletten wie die im Rathaus Lechenich sollen saniert werden, auch um Barrieren abzubauen.

Beratungsangebote

Die Stadt hat Anfang 2024 die Kapazitäten zur Beratung im Bereich Senior:innen, Pflege und Behinderung heruntergefahren, da es an Personal und Geld mangle. Wir wollen mehr Mittel zur Verfügung stellen, damit die Stadt dieses wichtige Angebot wieder in größerem Umfang anbieten kann.

An den Schulen

Die Sachlage zur Inklusion an den städtischen Schulen wirft Fragen auf. So besuchen beinahe die Hälfte aller Schüler:innen mit Inklusionsbedarf die Hauptschule während an beiden Gymnasien keine Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf angegeben sind. Hier bedarf es sowohl Aufarbeitung als auch erheblichen Verbesserungen, sowohl im baulichen und strukturellen als auch im personellen Bereich.



Klima, Umwelt- und Naturschutz

Landschafts- und Naturschutz

Landwirtschaftlich genutzte Pachtflächen

Ein Großteil der Fläche Erfstadts besteht aus Ackerfläche. Besonders auf diesen Flächen ist wirkungsvoller Umweltschutz von herausragender Bedeutung. Die Stadt Erfstadt selbst ist Eigentümerin vieler Flächen, die sie an landwirtschaftliche Betriebe verpachtet. Auf diesen Flächen kann die Stadt Erfstadt mittels Anpassung der Pachtverträge viele Veränderungen bewirken. Wir fordern, die Vorgaben zur Mischkultivierung und Fruchtfolgen weiter im Sinne der Umwelt zu verschärfen. Zum Schutz der Böden und des Grundwassers möchten wir eine Hoftorbilanz für städtische Agrarflächen einführen. Das bedeutet, dass nicht mehr Nitrat (z.B. durch Düngemittel) auf den Boden aufgetragen wird, als durch Bepflanzung gebunden werden kann. Ferner wollen wir an den Rändern der städtischen Agrarflächen Blühflächen, Bäume, Hecken oder sogenannte „Knicks“ anpflanzen, um die biologische Vielfalt zu unterstützen.

Stadt Begrünung

Die Stadt soll bei der Neupflanzung von Pflanzen und Bäumen künftig verstärkt darauf achten, dass diese heimisch und biologisch wertvoll sind. Auch eine Resistenz gegen die klimatischen Veränderungen, insbesondere Dürreperioden, ist wichtig. Bei Bäumen sollte auf tief wurzelnde Arten zurückgegriffen werden. Anwohner:innen sollen die Möglichkeit erhalten, Straßenbegleitgrün (z.B. auf Verkehrsinseln) selber zu pflegen und zu bepflanzen.

Schottergärten

Schottergärten sind in ganz NRW durch das Begrünungsgebot der Landesbauordnung aus vielerlei Gründen glücklicherweise seit 2019 verboten. Wir fordern, dass dieses Verbot besser kontrolliert und durchgesetzt wird.

Invasive Pflanzenarten

Die Ausbreitung invasiver Arten bedroht zunehmend die deutsche Umwelt. Einige dieser Arten gelten als besonders schädlich, werden aber dennoch weiterhin sehr häufig angepflanzt. Die Lorbeerkirsche (*Prunus laurocerasus*) gilt als sehr problematisch, aus diesem Grund ist der Verkauf in der gesamten Schweiz seit 2014 verboten. Wir fordern, dass in Erfstadt der Verkauf von Kirschlorbeer eingeschränkt werden soll und neue Bebauungspläne eine Anpflanzung verbieten.

Gewässerqualität

Unter Erfstädter Boden liegt eine Trinkwasserquelle, die besonders geschützt werden muss. Dazu ist wichtig, dass Bodeneinträge von Nitraten, aber auch das Passieren von Gefahrguttransporten streng kontrolliert werden. Ebenfalls gibt es in Erfstadt einige Oberflächengewässer wie Seen, die schützenswert sind. Bei Seen mit guter Wasserqualität, wie dem Liblarer See, gilt es sicherzustellen, dass diese sich nicht verschlechtern. Andere Seen, wie der Concordiasee, sind in schlechtem Zustand, hier muss dafür gesorgt werden, dass die Wasserqualität sich verbessert - wenn möglich, müssen die Verursacher der Verschmutzung, in diesem Fall RWE, daran beteiligt werden. Einige Oberflächengewässer fallen ebenfalls negativ auf. So sind die Burggräben des Schlosses Gracht und der Landesburg augenscheinlich erheblich verschmutzt, teilweise sondern sie sogar unangenehme Gerüche ab. Dieser Umstand muss dringend verbessert werden. Ein vollständiges Trockenfallen mit massivem Fischsterben aufgrund von mangelnder Pflege wie 2018 im Graben der Weißen Burg in Friesheim darf nicht wieder vorkommen.

Lichtverschmutzung

Auch in Erfstadt ist in den letzten Jahren zunehmend durch Lichtemissionen die Lichtverschmutzung stärker geworden, was negative Auswirkungen auf Menschen und Tiere hat. Eine leichte Verbesserung ist durch das sukzessive Austauschen der Straßenbeleuchtung auf LED-Strahler zu erwarten. Zudem fordern wir ein Verbot von Leuchtreklamen außerhalb der Öffnungszeiten der Betriebe sowie ein Verbot von nächtlicher Fassadenbeleuchtung.

Schutz von nachtaktiven Tieren

Nach Kölner Vorbild wollen wir die nächtliche Verwendung von Mährobotern verbieten. Dies schützt nachtaktive Tiere vor schwerwiegenden und teils lebensbedrohlichen Verletzungen. Ein von uns gefordertes Verbot von nächtlicher Leuchtreklame und Fassadenbeleuchtung trägt ebenfalls zum Schutz von nachtaktiven Tieren bei. Um den Lebensraum der Tiere besser zu schützen, sollen für Bereiche wie Parks und Grünflächen ökologische Beleuchtungsmethoden etabliert werden.

Klimaschutz

Klimanotstand ausrufen

Wir fordern den offiziellen Ausruf des Klimanotstands in unserer Kommune. Damit erkennen wir die existenzielle Bedrohung durch die Klimakrise an und verpflichten uns zu konsequentem Handeln. Alle künftigen Entscheidungen der Stadt müssen auf ihre Klimaverträglichkeit geprüft werden. Die letzten Jahre waren die heißesten seit Beginn der Aufzeichnungen – Hitzewellen und Dürren gefährden auch bei uns die Gesundheit und Infrastruktur. Keine Symbolpolitik, sondern ein Startschuss für radikale Veränderungen – unsere Zukunft darf nicht weiter vertagt werden.

Verbot von privatem Feuerwerk für Klima- und Tierschutz

Wir fordern ein Verbot von privatem Feuerwerk in unserer Stadt. Pyrotechnik belastet nicht nur die Sicherheit, sondern schadet massiv der Umwelt, dem Klima und Tieren. Eine Silvesternacht verursacht tausende Tonnen Feinstaub und Treibhausgase durch Verbrennung und Müll. Raketenreste und Verpackungen verschmutzen Straßen und Gewässer mit Mikroplastik. Feuerwerksreste vergiften Böden und Gewässer; Chemikalien wie Barium oder Perchlorate schädigen Kleintiere und Insekten. Wildtiere, Haustiere und Vögel erleiden durch Knalltraumata (teilweise tödlichen) Stress. Die Alternative sind zentral organisierte Lichtshows ohne Lärm und Abgase oder wenigstens professionelle Feuerwerke an zentralen Orten – sicher, kontrolliert und gemeinschaftlich erlebbar.

Verkehrsinfrastruktur

Für eine zukunftsweisende, klimagerechte Stadt braucht es den Ausbau des ÖPNV und eine gute Anbindung aller Ortsteile an diesen. Die Stadt muss sich künftig für einen förderfähigen Bürger:innenbus für Erfstade einsetzen. Wir setzen zudem auf Verkehrsberuhigung in Ortskernen und mehr autofreie Zonen, wie zum Beispiel der von uns geforderte autofreie Marktplatz.

Mehr Stadtgrün – Für eine lebenswerte und klimaresiliente Erfstade

Wir fordern eine flächendeckende Begrünungsoffensive, um Hitze, Starkregen und Artensterben direkt vor Ort zu bekämpfen. Grüne Städte sind kühlere und gesündere Städte. Dächer und Fassaden begrünen. Brachen und Verkehrsinseln in blühende Wiesen umwandeln – für Insekten und Stadtnatur. Entsiegelung vorantreiben. Asphaltflächen (z.B. Parkplätze) durch wasserdurchlässige Alternativen ersetzen. Mehr Grün heißt mehr Lebensqualität für alle – nicht nur fürs Auge, sondern fürs Klima und die Gesundheit.

Hochwasserschutz

Die Zuständigkeit für Hochwasserschutz trägt die Stadt Erfstadt gemeinsam mit dem Erfstverband und der Bezirksregierung. Wir haben bei der Flut im Jahr 2021 gesehen, welcher enormer Schaden binnen Stunden entstehen kann und wie machtlos man im Moment der Katastrophe ist. Es gilt also bestmöglich vorzubeugen und trotzdem bestens vorbereitet zu sein.

Versiegelung

Wir machen wichtige Fortschritte im Bereich Hochwasserschutz, aber der Hochwasserschutz muss stetig weiterentwickelt werden. Die Versiegelung von Flächen muss immer kritisch betrachtet, geprüft und dem Hochwasserschutz untergeordnet werden. Sickerflächen sorgen dafür, dass Wassermengen schnell und effektiv aufgefangen werden können. Das Konzept einer Schwammstadt soll bei künftigen Baumaßnahmen berücksichtigt und in die Stadtplanung integriert werden.

Auen und Fließgewässer

Auch kleine Fließgewässer müssen mitbedacht werden. Die Funktionalität der Gossen und Abwasserkanäle muss überall sichergestellt sein. Perspektivisch müssen in Abstimmung mit der zuständigen Wasserschutzbehörde weitere Auenlandschaften angelegt und Flüsse beziehungsweise Bäche revitalisiert werden, auch kleinere Fließgewässer müssen beachtet werden.

Hochwasserschutzanlagen

Dämme und Deiche entlang der Fließgewässer sollen regelmäßig überprüft und ertüchtigt werden. Die Schaffung von zusätzlichen Sickerflächen, Auenflächen und Damm- oder Deichanlagen soll überprüft werden. Das Hochwasserschutzkonzept muss regelmäßig angepasst werden. Die Beschaffung und potenzielle Einsatzmöglichkeit von mobilen Hochwasserschutzanlagen soll vermehrt in Betracht gezogen werden.

Sirenen und Warnsysteme

Frühwarnsysteme müssen funktional sein und weiter ausgebaut werden. Die Funktion der Sirenen im gesamten Stadtgebiet muss sichergestellt und regelmäßig überprüft werden. Alle Orte der Stadt müssen verlässlich mittels Sirenen im Ernstfall gewarnt werden können. Dafür muss gegebenenfalls, insbesondere in Neubaugebieten, die bestehende Infrastruktur erweitert werden. Die Entwicklung neuer Möglichkeiten zur Warnung der Bevölkerung schreitet voran, diese Entwicklungen dürfen an uns nicht vorbeiziehen. Wir müssen regelmäßig neue Systeme und Entwicklungen prüfen und einführen.

Energie vor Ort gemacht

Eine städtische Energiegesellschaft

Wir fordern die Gründung einer städtischen Energiegesellschaft, die die Versorgung mit Strom, Wärme und Wasser in öffentlicher Hand übernimmt. Die Stadt kann gezielt in erneuerbare Energien (Solar, Wind, Nahwärme) investieren und die Energiewende beschleunigen. Keine Abhängigkeit mehr von RWE, E.ON und Co., sondern eine stabile, einkommensabhängige Preisgestaltung, Abschaffung von Sperrern bei Zahlungsrückständen. Arbeitsplätze in öffentlicher Hand: Gute Tariflöhne, Mitbestimmung der Beschäftigten und Qualifizierungsprogramme für den ökologischen Umbau. Klimagerechtigkeit: Die Energiegesellschaft soll gezielt in dezentrale, erneuerbare Projekte investieren. Langfristige Gewinne statt kurzfristiger Privatprofite. Aktuell fließen Millionen an Gewinnen aus Energieverkäufen an private Konzerne ab. Eine städtische Gesellschaft hält diese Einnahmen in der Kommune. Erwirtschaftete Gewinne können in Schulen, Kitas oder Soziales reinvestiert werden.

Aufträge für Handwerk, Installation und Wartung gehen an lokale Betriebe statt an externe Konzerne und stärken die regionale Wirtschaft. Neue Arbeitsplätze entstehen in Verwaltung, Technik und Service – mit tariflicher Bezahlung und Ausbildungschancen. Bessere Haushaltsplanung durch eigene Einnahmen. Überschüsse der Energiegesellschaft fließen direkt in den Stadthaushalt und können flexibel eingesetzt werden. Öffentliche Energiegesellschaften haben besseren Zugang zu Fördertöpfen für Energiewende-Projekte (z.B. Wärmenetze, Solaroffensiven). Die Gesellschaft arbeitet profitabel, aber ohne Ausbeutung von Kund:innen oder Beschäftigten. Durch Mischkalkulation (z.B. Gewinne aus Gewerbetarifen gleichen Sozialtarife aus) bleibt das Modell stabil. Jährliche öffentliche Berichte verhindern Verschwendung und sichern Akzeptanz. Eine städtische Energiegesellschaft ist kein Kostenfaktor, sondern eine langfristige Investition in stabile Einnahmen, mehr Gestaltungsspielraum und soziale Sicherheit. Andere Städte machen es vor – es ist Zeit, dass auch wir diesen Schritt gehen!



Verwaltung und Politik

Städtische Verwaltung und Digitalisierung in Erfstadt

Open Source in der Verwaltung

Lizenz- und Softwareprodukte sollen zur Kostenoptimierung bestmöglich durch quelloffene Alternativen ersetzt werden. Dies schafft außerdem folgende Vorteile: Datensicherheit, digitale Souveränität und Transparenz.

Digitale Verwaltung und verringerte Arbeitsbelastung

Digitalisierung von Verwaltungsprozessen soll die Arbeitsbelastung, insbesondere bei standardisierbaren Arbeitsprozessen, senken und Prozesse beschleunigen. Die Verwaltung muss digitaler werden, nur so kann sich die Verwaltung auch für digitale Lösungen für Bürger:innen öffnen. Die Digitalisierung der Verwaltung kann zudem weiteres Geld sparen.

Inhouse statt Outsource, Qualität und Sparpotenziale durch Eigenleistung

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt künftig mehr Dienstleistungen und Aufgaben in Eigenregie erbringt, statt sie an Unternehmen zu vergeben. Dienstleister kalkulieren Gewinnmargen – kommunale Eigenbetriebe und Mitarbeiter:innen arbeiten kostendeckend und ohne diese Zusatzlast.

Beratungskosten senken, kommunale Expertise stärken statt Geld verbrennen

Wir fordern eine drastische Reduzierung der Ausgaben für externe Berater:innen. Einfrieren der Ausgaben für Beratungsleistungen und Prüfung aller laufenden Verträge, Aufbau interner Kompetenzteams. Steuergeld gehört in Schulen, Kitas und Straßen – nicht in PowerPoint-Präsentationen.

Gezielte Inanspruchnahme von Fördermitteln und Fördermittelmanagement

Den Bereich Fördermittelmanagement wollen wir ausbauen. Fördermittelakquise muss optimiert werden. Insbesondere für Investitionen und Entwicklungen neuer langfristiger Projekte wollen wir das Fördermittelmanagement ausbauen und förderfähige Maßnahmen in der Stadt priorisieren.

Ein Amt für Kultur- und Tourismusförderung, eine Stelle für Stadtmarketing und eine koordinierende Stabsstelle

Wir fordern die Schaffung einer eigenen Stelle für Stadtmarketing. Die Wirtschaftsförderung der Verwaltung wollen wir ausbauen und die Kulturabteilung zum Amt für Kultur- und Tourismusförderung erheben. Zudem fordern wir die Schaffung einer neuen Stabsstelle, welche die drei Bereiche verknüpft und koordiniert.

Städtische Verwaltung und Digitalisierung in Erfstadt

Flexible Arbeitszeiten und Arbeitsplätze, dezentral und Kauf statt Miete

Wir fordern, dass die Stadt künftig bevorzugt Gebäude erwirbt, statt sie langfristig anzumieten. Diese Strategie sichert der Kommune nachhaltige finanzielle Vorteile und mehr Gestaltungsspielraum. Arbeitszeiten und Arbeitsplätze sollen soweit möglich flexibler gestaltet werden. Shared-Office-Konzepte sollen zukünftig mehr Bedeutung für die Verwaltung bekommen. Die Arbeitsplätze der Verwaltung sollen dezentraler werden und sich künftig auf mehrere Standorte verteilen. Die Abteilung für Migration und Integration ist bereits räumlich außerhalb des Rathauses untergebracht. Orientiert an diesem Vorbild wäre beispielhaft die Unterbringung des von uns geforderten Amtes für Kultur- und Tourismusförderung in einer Kultureinrichtung denkbar.

Eine sensibilisierte Verwaltung

Die Verwaltung soll künftig geschlechtsneutrale Sprache in Formularen und öffentlichen Dokumenten verwenden. Wir wollen eine für den Umgang mit Menschen mit Neurodivergenz und Menschen mit Einschränkungen sowie queeren Personen sensibilisierte Verwaltung.

Eine attraktive und familienfreundliche Arbeitgeberin

Die Verwaltung steht vor großen Herausforderungen, denn es mangelt an Personal. Die Mitarbeiter:innen in der Verwaltung sind ausgelastet. Um zukünftig die Stadt als attraktive und familienfreundliche Arbeitgeberin zu etablieren, sind wir bereit, an passenden Stellen zu investieren. Bessere Gleitzeitregelungen, flexible Arbeitszeiten und Arbeitsorte sind in der heutigen Arbeitswelt der Standard, die Verwaltung muss hier nachlegen.

Digitalisierungsbeauftragte:r

Die Digitalisierung der Stadt geht bisher schleppend voran, wir wollen die Stadt digitalisieren und zukunftsfähig aufstellen. Dazu braucht es eine Stelle für Digitalisierung in der Stadtverwaltung, um die Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen zeitnah und effizient voranzutreiben.

Politik, Bürger:innennähe und Bürger:innenbeteiligung

Bürger:innennähe und Bürger:innenbeteiligung - Digital

Wir wollen die Bürger:innenbeteiligung nicht nur ausbauen, sondern auch vereinfachen. Kommunalpolitik machen wir vor Ort, mit Menschen vor Ort, für den Ort. Damit alle Bürger:innen die Möglichkeit haben sich einzubringen, wollen wir weitere Angebote schaffen und bestehende Angebote ausbauen und digitalisieren. Rats- und Ausschusssitzungen sollen im Livestream übertragen werden. Informationsauskunft zu politischen Beratungen und Entscheidungen muss analog und digital einfacher und barrierefrei für alle Bürger:innen zugänglich sein.

Digitale Plattformen für Bürger:innen

Wir wollen einen funktionierenden, interaktiven und intuitiven Online-Mängelmelder, die Stadt Wesseling geht hier mit gutem Beispiel voran. Wir fordern die Einrichtung einer Online-Bürger:innenbeteiligungsplattform für leichtere und digitale Beteiligungsverfahren, eine Plattform, die Bürger:innen animiert, sich einzumischen und nicht abschreckt. Zudem schlagen wir die Einrichtung eines Online-Ideen-Melders vor, über den die Bürger:innen die Möglichkeit haben sollen, schnell und unkompliziert Ideen zur Verbesserung unserer Stadt einzureichen.

Bürger:innenräte nutzen

Wir fordern die Einführung und Nutzung des Modells der Bürger:innenräte. Bürger:innenräte werden in einem Losverfahren für einen abgegrenzten Zeitraum für ein bestimmtes politisches Thema zusammengestellt. Sie erarbeiten Empfehlungen und Positionen zu bestimmten politischen Themen. Durch die Zufallslosung wird ein Querschnitt der Einwohnerschaft sichergestellt und ein breites Meinungsbild erzeugt.

Jugendrat

Jugend politisch beteiligen. Dafür fordern wir unter anderem die Einrichtung eines Jugendrates in Erftstadt. Jugendräte vertreten die Interessen von jungen Menschen in der Gemeinde und mischen sich in die Kommunalpolitik ein. Ein Jugendrat ist ein demokratisches Gremium und bekommt Antragsrecht an den Stadtrat, Anfragerecht an die Verwaltung und Rederecht in Ausschüssen. Insgesamt fordern wir, die Jugend in politischen Entscheidungen mehr zu berücksichtigen und in die Politik einzubinden.

Die Linke Erfstadt
Im Spürkergarten 38-40
50374 Erfstadt
02235 / 1703991
KMW25@erftstadt-links.de

www.erftstadt-links.de